

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsministerin Michaela Kaniber
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Martin Schöffel
Abg. Markus Plenk
Abg. Sebastian Körber
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Dr. Leopold Herz
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Martina Fehlnner
Abg. Christoph Skutella
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Gisela Sengl
Abg. Gerd Mannes
Abg. Nikolaus Kraus
Abg. Ralf Stadler
Abg. Ruth Müller
Abg. Paul Knoblach
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

"Landwirtschaft 2030: nachhaltig, smart, fair"

Ich erteile der Frau Staatsministerin das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft ist zweifelsfrei die Seele und damit das Herzstück Bayerns. Dass unser Land so attraktiv und so unglaublich lebenswert ist, dass wir Tag für Tag herausragende Lebensmittel bekommen, verdanken wir ausschließlich der harten Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern. Die Welt verändert sich aber. Für die Landwirtschaft bedeutet das, dass sie sich aktuell in einem großen Umbruch befindet. Ein einfaches "Weiter-so" wollen weder die Gesellschaft noch unsere Bäuerinnen und Bauern.

Schon immer hatten gerade wir in Bayern schwierige Zeiten als Chance genutzt. Schon seit Hans Eisenmanns bayerischem Weg vor nunmehr 50 Jahren ist Bayern Vordenker und Schrittmacher in der Agrarpolitik. Früher oder später folgten uns immer andere auf dem bayerischen Weg bis hinauf nach Brüssel. Die GAP-Reform ab 2023 bedeutet eine klare Zäsur. Wir begrüßen ausdrücklich, dass jetzt alle EU-Mitgliedstaaten Mindestbudgets für Umweltmaßnahmen einhalten müssen. Damit gleichen wir endlich Wettbewerbsnachteile aus und werden dem Naturschutz gemeinsam besser gerecht. Alleingänge beim Klima- und beim Naturschutz werden die Welt nicht retten. Wir haben aber nur genau diese eine Welt, und deshalb müssen wir alle miteinander gemeinsam anpacken.

Bayern hat gut verhandelt. Uns ist es gelungen, gerade die kleinen und mittleren Betriebe für die ersten Hektare noch besser auszustatten. Bayern ist es zu verdanken, dass junge Bäuerinnen und Bauern mit der Junglandwirte-Prämie extra Unterstützung

bekommen und damit motiviert werden, auch in Zukunft Betriebe zu übernehmen. Ebenso konnten wir erreichen, dass die gekoppelten Zahlungen für Mutterschafe, Mutterziegen und Mutterkühe durchgesetzt werden. In Bayern sind wir sowieso schon vorausmarschiert. Jetzt stärken wir die Biodiversität durch die besonders extensive Weidehaltung mit einer bundesweiten Prämie.

Ganz besonders freut es mich, dass wir einen neuen Verteilschlüssel bei den ELER-Mitteln für den ländlichen Raum erreichen konnten. Dieser Schlüssel orientiert sich mehr und mehr an der wahren Bedeutung, nämlich an der Landwirtschaft und vor allem am ländlichen Raum. Das bringt uns ein Plus von 15 Millionen Euro pro Jahr. Weil aber andere Länder erst jetzt das bundeseinheitlich umsetzen wollen und müssen, was wir bei der Agrarumweltförderung längst getan haben, verlieren starke Länder wie Bayern und Baden-Württemberg eigene Gestaltungsspielräume. Das ist zwar auf der einen Seite bedauerlich, aber es schreckt uns nicht ab. Selbst das werden wir als gute Chance nutzen.

Bayern ist erneut, ausgehend von einem sehr hohen Umweltschutzniveau, Taktgeber für eine zukunftsgerichtete, vor allem auch nachhaltige Agrarpolitik. Dort, wo Bayern ist, ist vorn.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das sage nicht ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sagt mein grüner Ministerkollege aus Brandenburg, gefolgt von den Worten: Wenn wir da wären, wo Bayern jetzt schon ist, täten wir uns auch leicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Corona wirkt geradezu wie ein Brennglas. Zu jeder Zeit, nicht nur in Zeiten einer Pandemie, hat die medizinische Versorgung kranker Menschen oberste Priorität. Ich weiß, dass der Gedanke gerade in diesen Zeiten des Wohlstands und einer noch nie dagewesenen Produktvielfalt regelrecht absurd klingen mag. Stellen Sie sich aber bitte einmal vor, dass Lieferketten zusammengebrochen wären und die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht möglich ge-

wesen wäre. Dieses Szenario will ich mir gar nicht ausmalen. Genau dieses wiedergefundene Bewusstsein für die Systemrelevanz der Land- und Ernährungswirtschaft, ja der Ernährungssouveränität, ist ein positiver Nebeneffekt von Corona. Es ist nämlich nicht selbstverständlich, dass die Grundversorgung immer gegeben ist, dass die Lebensmittelmärkte proppenvoll sind. Umso mehr sollten wir all denjenigen danken und ihnen mit Respekt begegnen, die dafür sorgen, dass wir tagtäglich satt werden und bestens versorgt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Agrarpolitik lediglich auf Umweltpolitik reduziert, hat in meinen Augen nichts verstanden. Agrarpolitik ist viel, viel mehr. Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik vom Feinsten. Die Staatsregierung nimmt deshalb vor allem die Menschen, die Familien hinter den landwirtschaftlichen Betrieben und die gesamte Gesellschaft in den Blick. Zusammen mit den bäuerlichen Familienbetrieben wollen wir eine konsequent nachhaltige, ökonomisch starke und eine im besten Sinne sozialverträgliche und tragfähige Landwirtschaft erreichen und erhalten. Deswegen steht unser Kurs fest: Landwirtschaft muss nachhaltig sein, Landwirtschaft muss smart sein, vor allem aber muss die Landwirtschaft fair behandelt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Grundfrage lautet: Wie können wir für eine stetig wachsende Bevölkerung ausreichend Nahrungsmittel in bester Qualität produzieren, dabei den Landwirten ein gutes Einkommen sichern und gleichzeitig Natur, Klima und Ressourcen auch bestmöglich schützen? Diese Fragen stehen seit Langem im Zentrum unserer Arbeit, und doch müssen wir darüber neu nachdenken. Beim Wissenstransfer müssen wir noch viel schneller werden. Vor allem müssen wir das Wissen auch viel besser kommunizieren. Deswegen muss gerade die Landesanstalt für Landwirtschaft zu einer Denkfabrik für Nachhaltigkeit werden. Wir müssen dort Vordenker aus allen Bereichen zusammenbringen und ganzheitliche Lösungen suchen. Das können ein Nachhaltigkeitsindex für Lebensmittel, Modelle zur CO₂-Bindung oder eine besonders tierwohlorientierte Nutz-

tierhaltung sein. Mensch, Tier und Umwelt müssen zusammen gedacht werden. Wer selektiv nur eines in den Vordergrund stellt, springt wahrlich zu kurz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über kaum ein Thema wird derzeit so emotional diskutiert wie über die Tierhaltung. Deshalb ist es für die Staatsregierung selbstverständlich, dass der Umbau der Nutztierhaltung ganz oben auf der Agenda steht. Die Nutztierhaltung ist und bleibt zweifelsfrei das Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft. Mehr Tierwohl statt mehr Tiere muss für viele Höfe das Motto der Zukunft sein. Dafür werden wir die Förderung der Investitionen sowohl in Tierwohlställe für Zuchtsauen als auch in die Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung von 30 % auf 40 % anheben. Damit schöpfen wir sogar die maximale Obergrenze nach EU-Recht aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl wir seit drei Jahrzehnten keinen Anbindehaltungsstall mehr fördern, halten nach wie vor 14.000 Betriebe ihre Kühe in Anbindeställen. Wer unseren Betrieben jetzt wirklich etwas Gutes tun will, muss nur die Verbraucher, den Markt und die Wirtschaft genauer beobachten. Er muss vor allem ehrlich zu unseren Landwirten sein. Wir brauchen den Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung so zügig wie nur möglich. Machen wir uns nichts vor, die Wirtschaft schafft längst Fakten. Unser Ziel ist es, keinen Betrieb auf dem Weg aus der Anbindehaltung zu verlieren.

Deswegen setzen wir mit dem heutigen Tag ein sehr deutliches Signal. Wir gehen nochmals, ganz proaktiv, mit einer eigenen Beratungsoffensive auf unsere Betriebe zu. Wir unterstützen die Betriebe mit einer Investitionsförderung für den Umbau. Wir zeigen Möglichkeiten auf, vielleicht zu einer betrieblichen Umnutzung oder zu einer Diversifizierung. Eines steht aber fest: Mit dem heutigen Tag beginnt der Einstieg in den Ausstieg der Anbindehaltung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Tierwohl einfordert, der muss die Betriebe auch unterstützen. Das gilt für den Verbraucher, ganz besonders aber für den Freistaat. Bei

der Tierwohlprämie warten wir deshalb nicht auf den Bund. Wir starten bereits im kommenden Jahr mit einem eigenen bayerischen Tierwohlprogramm für Schweine und Mastrinder. Unsere Tierwohlziele lauten: mehr Platz pro Tier, mehr Tiere auf Stroh, mehr Auslauf. Dafür planen wir im Endausbau jährlich bis zu 50 Millionen Euro ein. Zudem schaffen wir ein eigenes digitales Tierwohl-Monitoring, ein sogenanntes Frühwarnsystem. Damit können unsere Landwirte, Berater und Hoftierärzte frühzeitig auf Probleme im Tierbestand reagieren. Auch hier muss das Motto lauten: Prävention ist tausendmal besser als Medikation.

Noch nie war die Bewusstseinsbildung so wichtig wie heute. Den Bezug zur Landwirtschaft scheinen viele Menschen gänzlich verloren zu haben. Deshalb bauen wir an der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft – LfL – am Standort in Grub einen gläsernen Forschungsstall mit maximalen Wohlfühlstandards und Weidehaltung. 20 Minuten vom Marienplatz entfernt finden die Menschen dann eine attraktive landwirtschaftliche Erlebniswelt. Zusammen mit einem agrarökologischen Lehrpfad, einem Hofladen und Gastronomie machen wir Landwirtschaft erlebbar und zeigen auf, was beim Tierwohl bereits heute schon alles möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayerns Rindergenetik ist wirklich einzigartig und vor allem in aller Welt gefragt. Es kann aber nicht sein, dass wir im 21. Jahrhundert moderne Besamungstechniken und künstliche Befruchtung nicht noch besser nutzen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber für mich und für die gesamte Gesellschaft sind Tiertransporte in Länder wie Marokko oder Kasachstan weder ethisch noch moralisch vertretbar. Lebende Geschöpfe Tausende Kilometer zu transportieren – das wollen wir unseren Tieren nicht mehr antun. Deshalb habe ich den bayerischen Zuchtverbänden ein Angebot gemacht. Wir unterstützen den freiwilligen sofortigen Ausstieg aus diesen Tiertransporten in Drittstaaten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig: Der Schutz von Boden, Wasser und Artenvielfalt hat höchste Priorität. Bayerns Bauern leisten hier schon sehr viel. Es liegt aber noch Arbeit vor uns. Bei unserem Ziel, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 50 % zu reduzieren, kommen wir sehr gut voran. Schon heuer, gleich im ersten Jahr unserer neuen Förderung nach dem Volksbegehren, haben rund 2.400 konventionell wirtschaftende Betriebe auf mehr als 46.000 Hektar Fläche auf den Einsatz von Herbiziden auf ihren Äckern verzichtet bzw. Nützlinge im Mais eingesetzt. Nur damit Sie eine bildliche Vorstellung davon haben, was das bedeutet: Das entspricht ungefähr einer Fläche von rund 65.000 Fußballfeldern. Aber auch hier wollen wir noch schneller und besser werden. Wir beraten die Landwirte, wir setzen auf innovative Züchtungen für resistenterere Pflanzen, wir entwickeln bessere Diagnose- und Prognosemodelle und fördern Hackroboter, Drohnen und moderne digital gesteuerte Präzisionstechnik auf dem Acker. Damit das gelingt, machen wir unser Bayerisches Sonderprogramm Landwirtschaft Digital noch attraktiver und stocken auch hier die Mittel auf. Wir nutzen das von unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder angestoßene Innovationsprogramm des Bundes und bauen ganz gezielt unsere bayerischen Agrarumweltprogramme in diese Richtung um.

Nachhaltigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt in ganz besonderem Maße, auch den Flächenverbrauch weiter zu reduzieren. Fast elf Hektar pro Tag sind eindeutig zu viel. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Ansatz unseres Ministerpräsidenten richtig war, Industriebrachen zu entsiegeln und Programme wie "Innen statt Außen" einzufordern. Damit sparen unsere Kommunen nachweislich Flächen, und es gibt die Unterstützung bei der Siedlungsentwicklung. Das behalten wir selbstverständlich bei. Da das Flächensparen aber in der Zuständigkeit meines Ministerkollegen Hubert Aiwanger liegt und er als Landwirt ganz genau über den enormen Flächendruck und die ständig steigenden Pachtpreise Bescheid weiß, bin ich mir sicher, dass er dazu seine Unterstützung geben wird.

Als Landwirtschaftsministerin habe ich auch den Flächenentzug durch die Kompensation im Blick. Hier sieht es in der Realität leider so aus, dass viel zu oft Flächen aus der Nutzung herausgenommen, dann aber nicht so gepflegt werden, dass sie langfristig ein Gewinn für mehr Biodiversität sind. Wir brauchen deshalb dringend die produktionsintegrierte Kompensation, die Kombination aus gleichzeitiger landwirtschaftlicher Nutzung und ökologischer Aufwertung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss künftig die Regel sein. Der Herauskauf von Flächen muss zur Ausnahme werden. Damit schaffen wir eine Win-win-Situation für die Landwirte, aber auch für die Natur.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Auch gilt es, bei Freiflächen und Photovoltaikanlagen zu einem multifunktionalen Nutzungsansatz zu kommen. Priorität haben selbstverständlich PV-Anlagen auf Dächern. Mein ganz besonderer Dank gilt hier meiner Kollegin Kerstin Schreyer, die dafür auch alles tut. Wenn wir aber schon von Solarenergie auf dem Feld reden und dies auch einfordern, dann muss das möglichst Energienutzung plus landwirtschaftliche Produktion sein, oder auch plus mehr Biodiversität, und im besten Fall ist es ein Treibhausgastresor, beispielsweise auf Moorflächen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ja, die Fläche ist knapp, wir müssen sie bestmöglich nutzen. Mehrfachnutzung wird einfach zur Pflicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die GAP 2023 dazu nutzen, unsere Agrarumweltprogramme neu aufzustellen. Wir fördern Pufferflächen im Umfeld von Wiesenbrütergebieten, wir verbessern Lebensräume für gefährdete Vögel. Wir schaffen neue Landschaftselemente in strukturarmen Gebieten, und wir unterstützen den Humusaufbau unserer Böden. Mit der Initiative "FlurNatur" wollen wir schnell und unbürokratisch die Anlage von Hecken, Feldgehölzen, Streuobstwiesen und Feuchtfächen fördern. Klar ist aber auch: Biodiversität geht alle etwas an. Wir alle können uns noch sehr gut daran erinnern, wie schlimm die Stigmatisierung für unsere Landwirte beim

Volksbegehren war. Gerade deswegen muss jeder seinen Beitrag leisten. Gemeinden, Kirchen, Land- und Gartenbesitzer, alle müssen mehr für die Biodiversität tun. Wir stellen deshalb künftig jährlich bis zu 100.000 Obstbäume den Kommunen, Verbänden, Vereinen und Schulen zur Anlage von eigenen Streuobstflächen unentgeltlich zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Dafür werden wir zusammen mit den bayerischen Baumschulen die Produktion von heimischen Obstgehölzen ausbauen. Gleichzeitig wollen wir über unsere Förderprogramme so viele Streuobstbäume wie nur möglich in die Fläche bringen. "Pflanz dir deinen Streuobstgarten", das muss Bayerns Motto werden.

Mit dem Pflanzen von Bäumen allein ist es aber selbstverständlich nicht getan. Wir müssen auch die Pflege ganz deutlich unterstützen. Deshalb stocken wir die Fördersätze hierfür um 50 % auf. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, erhalten und stärken wir ein altes Kulturgut, nämlich das Streuobst. Wir bieten Insekten und Vögeln wertvolle Nahrungsquellen und Lebensräume. Da sind auch noch, nicht zu vergessen, die vielen Spezialitäten, die aus Streuobst entstehen und die wiederum in die landwirtschaftliche Wertschöpfungskette fließen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Problemen und Schwierigkeiten ist die wahrlich größte Herausforderung unserer Zeit der Klimawandel. Die letzten Jahre haben uns in ganz besonderer Weise vor Augen geführt, wie betroffen unsere Wälder davon sind. Hier haben wir alle Kräfte gebündelt und arbeiten mit Hockdruck gemeinsam am Aufbau klimastabiler Zukunftswälder. Dafür nehmen wir so viel Geld in die Hand wie noch nie zuvor. Das ist gut so; denn unser wirksamster und bester Klimaspeicher ist nun einmal der Rohstoff Holz. Bayern ist zwar Waldland Nummer eins in Deutschland, aber beim Holzbau haben wir bedauerlicherweise die Nase nicht ganz vorn. Das müssen wir ändern. Liebe Kerstin Schreyer, das machen wir gemeinsam in einer wirklich großartigen Aktion. Es geht um mehr Holzbau. Aber was bedeutet mehr

Holzbau? – Das ist automatisch auch mehr Klimaschutz. Wer mit Holz baut, wird somit zum aktiven Klimaschützer.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb habe ich schon im vergangenen Jahr mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden sowie dem Bau- und dem Wirtschaftsministerium eine Holzbauintiative gestartet. Daraus resultiert ein Fünf-Punkte-Aktionsprogramm. Die Weichen für Klimahäuser in Bayern müssen gestellt sein. Als Forstministerin ist es mir unglaublich wichtig und wünsche ich mir, dass wir als Staat bei der Holzverwendung am Bau zum Vorbild werden.

Deshalb muss es erstens unser Ziel sein, dass wir überall, wo es geht, auch mit Holz bauen, ob in Hybrid- oder Vollholzbauweise.

Zweitens werden wir ein Förderprogramm für den Holzbau auf die Beine stellen und dafür jährlich 15 Millionen Euro bereitstellen. Die Zuschüsse müssen sich dann natürlich an der Menge des verbauten und verwendeten Holzes ausrichten. Entscheidend ist aber, dass die Gelder dorthin fließen, wo wir sie am meisten brauchen: in den mehrgeschossigen Holzbau und in die Innen- und Nachverdichtung. Damit aber nicht genug:

Wir wollen drittens ein Leuchtturmprojekt, das bundesweit Maßstäbe setzt. Dafür loben wir einen Architektenwettbewerb mit einer attraktiven Innovationsprämie in Höhe von einer Million Euro aus.

Viertens stärken wir die bayerische Forschung für klimaschonendes Bauen.

Fünftens werden wir die Verwendung von Holz aus Bayern voranbringen. Wir brauchen langfristige und verlässliche regionale Lieferketten. Das zeigt uns aktuell auch die Marktsituation.

Hierzu haben wir gemeinsam mit dem Cluster Forst und Holz zwei Pilotprojekte gestartet. Eines ist im Allgäu, das andere im südöstlichen Oberbayern. Ziel muss es auch hier sein, mehr Wertschöpfung in der Region zu halten und unsere heimischen Betriebe zu stärken; denn Holz aus Bayern hilft dem Klima, unseren Waldbesitzern und unserer heimischen Holzwirtschaft gleichermaßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2050, so sagen Experten, wird in England ein Klima wie heute in Katalonien herrschen. Schweden wird zu Ungarn und Bayern zu Italien. Ich muss Sie leider enttäuschen: Von Urlaubsgefühlen ist hier nicht die Rede. Wir müssen unsere Landwirtschaft auf diese Entwicklungen vorbereiten und fit für die Zukunft machen, damit sie genau diesen Herausforderungen eben auch standhält.

Wenn wir über den Klimaschutz sprechen, wissen wir, dass gerade unsere Landwirte nicht nur Betroffene, sondern auch ein ganz wesentlicher Teil der Lösung sind. Flächenbewirtschaftung kann eine CO₂-Senke sein, Carbon Farming kann zugleich auch zur Einkommensquelle für unsere Betriebe werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Erarbeitung eines validen CO₂-Zertifikatesystems in der Landwirtschaft, passgenau für die bayerischen Strukturen.

Aber das beste Mittel, um dem Klimawandel zu begegnen, ist nun einmal, Emissionen einzusparen. Dazu muss man aber natürlich auch wissen, in welchem Maße Treibhausgase im eigenen Betrieb überhaupt entstehen. Deswegen hat unsere Landesanstalt für Landwirtschaft einen eigenen Klimarechner entwickelt. Für Hopfen und Getreide ist er bereits freigeschaltet, für die Milchviehhaltung erfolgt der Start noch in diesem Monat. Genau mit diesem Tool kann jeder landwirtschaftliche Betrieb seinen CO₂-Abdruck ermitteln und nach Möglichkeiten zur Minimierung suchen.

Von ganz besonderer Bedeutung sind natürlich die Moore. Hier legen wir ein eigenes Moorbauernprogramm auf. Hier geht es darum, bei Umwandlungen von Acker in Dauergrünland für extensive Beweidungsmaßnahmen zu sorgen und für sogenannte Paludikulturen zur stofflichen Verwertung.

Bayern macht seine Bauern damit zu Klimawirten und Umweltwirten und macht sie auch auf diese Art und Weise wirtschaftlich noch widerstandsfähiger.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Klimawandel schreitet beängstigend rasant voran und bringt mit jedem weiteren Dürrejahr immer wieder die Gefahr hoher Ernteaufschläge für Betriebe mit sich. Der Staat kann hier unmöglich immer wieder mit Hunderten Millionen Euro Dürrehilfen einspringen. Aber der Staat kann durchaus Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Nachdem sich der Bund diesbezüglich gar nicht bewegt, gehen wir ganz klar den Weg voraus, schützen unsere Bauernschaft, planen jährlich bis zu 50 Millionen Euro für die Bezuschussung der Mehrgefahrenversicherung ein und fördern damit die eigene Risikovorsorge.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der schmerzhafteste Faktor ist aber die Zeit. Wir haben nämlich kaum mehr zeitlichen Spielraum. Deswegen müssen trockenheitsverträgliche Kulturen und Anbausysteme noch schneller erforscht werden. Ich kann nur sagen: Ob Quinoa, Amaranth oder Kichererbsen – sie dürfen einfach keine Exoten bleiben, sie müssen auch bei uns heimisch werden. Nachdem Franken Bayerns Hotspot in Sachen Trockenheit ist, ist es nur folgerichtig, dass wir dort Demonstrations- und Forschungsstandorte für den Trockenfeldbau einrichten und damit in Schwarzenau beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen gehalten, dass Deutschland noch innovativer, noch digitaler werden muss. Das gilt in besonderem Maße auch für die Landwirtschaft. Wir brauchen eine Innovationsbeschleunigung mit zum Teil völlig neuen Ansätzen. Dazu ist es wichtig, ein bayernweites Netz von landwirtschaftlichen Experimentierbetrieben aufzubauen. Hier ist es mir besonders wichtig, dass wir neue Wege gehen. Wir müssen sie nämlich gemeinsam gehen, mit unseren Landwirtinnen und Landwirten, den Praktikern, die eben auch über große Erfahrungsschätze verfügen. Praxis und Theorie Hand in Hand – das ist modernes For-

schen, und wir starten sofort mit einem Forschungsnetz aus Ökobetrieben. Das ist uns ganz besonders wichtig.

Hellwach müssen wir aber vor allem sein, wenn es um neue Entwicklungen bei der Nahrungsmittelerzeugung geht. Hier müssen wir Urban Farming ganz besonders in den Blick nehmen; denn es gilt, jeden neuen Ansatz zu beobachten, zu bewerten, anzupassen, aber dann vor allem optimal für unsere Landwirte zu nutzen. Deswegen werden wir an der LWG eine Indoor-Farm aufbauen; denn solche geschlossenen Systeme bieten die Möglichkeit, 95 % Wasser einzusparen und auf Pestizide gänzlich zu verzichten. Es entsteht auch kein Abfall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist wirklich aktiver Klima- und Ressourcenschutz. Genau dieses neue Wissen müssen wir an unsere bäuerlichen Betriebe weitergeben, damit auch ihnen solche Wege offenstehen. Genau von solchen Projekten profitieren Mensch und Umwelt im höchsten Maße.

Immer öfter geht es auch darum, Alternativen für Kunststoffe in der Landwirtschaft, neue Quellen für Eiweißfuttermittel oder digitale Lösungen beim Ressourcenschutz zu finden. Dazu werden wir ein eigenes Startup-Programm auflegen und kreative Köpfe aus Universitäten und Hochschulen gewinnen, damit wir auch hier bei den Entwicklungen, bei den Trends, ganz vorne mitspielen.

Machen wir uns nichts vor: Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, weiß, dass die Lebensmittelmärkte der Zukunft ein Megathema sind und vor allem auch hier ein unglaubliches Wertschöpfungspotenzial bieten. Angesichts der Dynamik bei neuartigen Lebensmitteln und bei den veränderten Ernährungsstilen – man muss nämlich wissen, dass derzeit acht Millionen Menschen in Deutschland gar kein Fleisch mehr essen, darunter sind sogar 1,3 Millionen Menschen, die sich ausschließlich vegan ernähren, Tendenz steigend – ist es im Grunde nur selbstverständlich, dass wir mit dem Cluster Ernährung auch dieses Feld besetzen werden.

Es ist unsere ureigene Verantwortung, dass Bayerns Landwirte hier nicht Zaungäste sind. Nein, ich wünsche mir, dass sie die Hauptrolle übernehmen und an den Zukunftsmärkten von morgen eben auch teilhaben können. Deswegen müssen wir uns wappnen, deswegen entwickeln wir Zukunftsszenarien für die Ernährungswirtschaft, erforschen und bewerten alternative Proteinquellen und beleuchten die Wertschöpfungsmöglichkeiten bei neuartigen Lebensmitteln. Ehrlich gesagt, ob Fleisch oder Insektenburger, ob Kuhmilch- oder Hafer-, Soja- oder Leguminosendrink: Wir schreiben den Menschen in Bayern auf keinen Fall vor, was sie essen sollen. Aber für mich ist klar: Wir wollen, dass ihre Lebensmittel auch aus Bayern kommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles ist im Wandel, und ich bin der Überzeugung, dass die Digitalisierung auch die Landwirtschaft geradezu umpflügen wird. Sie darf aber keinesfalls zum Strukturwandelbeschleuniger werden. Deswegen muss man auch hier klare und kluge Weichenstellungen führen.

Mit dem "Kompetenznetzwerk Digitale Agrarwirtschaft" haben wir den ersten Schritt getan. Als zweiten Schritt schaffen wir nun zusammen mit den bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtungen einen bayerischen Agrardatenraum. So können wertvolle Daten zu wichtigen Taktgebern werden, zum Beispiel beim Klima- und Ressourcenschutz oder bei neuen Vermarktungsideen. Entscheidend wird sein, dass die Datenhoheit des Landwirts sowie der Datenschutz und die Datensicherheit auch gewährleistet bleiben.

Es ist mir ein Herzensanliegen, dass Regionalität bei unseren Lebensmitteln absolut im Mittelpunkt steht. In der Frage der regionalen Ernährungssouveränität sind wir sehr gut aufgestellt, was nicht heißt, dass wir nicht noch besser werden können.

An dieser Stelle ist mir wichtig, ein Stück weit aufzuklären, weil es immer wieder heißt, Bayerns Bauern würden rein für den Weltmarkt produzieren. Ich möchte da ein bisschen Licht ins Dunkel bringen: 60 % der bayerischen Produkte, unserer Lebensmittel vermarkten wir in Bayern, 20 % in Deutschland, 15 % in der EU, und nur 5 % errei-

chen den Weltmarkt. Das sind unsere Heimspiele. Wer Meister werden will, muss bekanntlich auf jeden Fall schon einmal die Heimspiele gewinnen.

Dieses enorme Potenzial wollen wir künftig noch gezielter erschließen. Deswegen bauen wir auf eine durchgängige regionale Strategie, die auch ganz klar eine faire Entlohnung zum Ziel hat. Das heißt für mich: Wertschätzung und Wertschöpfung in höchstem Maße.

Dazu werden wir an allen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sogenannte Regionaltische einrichten. Dort bringen wir die Anbieter und Nachfrager von regionalen Lebensmitteln zusammen. Erste Regionaltische haben wir bereits an neun Ämtern installiert. Damit wollen wir mehr bayerische Lebensmittel in die Küchen der Gastronomie, in die Kantinen, in Festzelte, aber auch in die Regale des Lebensmitteleinzelhandels bringen.

Dass dies funktioniert, zeigt ein großer Vertreter des Lebensmitteleinzelhandels, der seit einigen Wochen an ausgewählten Standorten in Bayern Bayern-Regale eingeführt hat. Hier haben die Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit, ganz gezielt regionale Produkte sofort zu erkennen und ganz gezielt ein Stück Heimat zu kaufen. Nachdem dies eine wirklich sehr erfolgreiche Aktion wurde, hat dieses Mitglied im LEH die Aktion auf ganz Bayern ausgeweitet.

Bedauerlicherweise scheitern gerade neue Vermarktungsideen auf regionaler Ebene oft, weil das Angebot der Landwirte und die Nachfrage der Abnehmer nicht zusammenpassen. Deshalb fördern wir künftig moderne Vermarktungs- und Kommunikationskonzepte, Regionalportale und den Einkauf landwirtschaftlicher Produkte über eine App. Jeder Landkreis, der für landwirtschaftliche Direktvermarkter eine Plattform schaffen will, wird mit einem Zuschuss von bis zu 10.000 Euro unterstützt.

Ja, wir sind stolz. Bayern ist Deutschlands Ökoland Nummer eins. Schon heute haben wir 11.000 Ökobetriebe, die auf knapp 400.000 Hektar ökologischen Landbau betreiben. Die Verdoppelung der Ökoproduktion ist uns bereits gelungen. Jetzt haben wir

das nächste ambitionierte Ziel im Auge: 30 % Ökolandbau bis 2030. Dafür nehmen wir bereits heute 110 Millionen Euro pro Jahr in die Hand.

Klar ist aber auch: Ökolandbau lässt sich nicht staatlich verordnen, wie es manch einer gerne hätte. Wir müssen ihn den Verbraucherinnen und Verbrauchern ans Herz legen. Nur so schaffen wir es, dass er in der Fläche wächst und am Ende auch die Märkte erreicht.

Wir sind mit 27 Öko-Modellregionen und damit auf 29 % unserer Landesfläche sehr erfolgreich. Diesen Erfolg wollen wir auf keinen Fall gefährden. Deshalb haben wir entschieden, dass wir nach dem derzeitigen Förderende nicht aus den Öko-Modellregionen aussteigen. "Never change a winning team", wie man so schön sagt. Auch hier werden wir über die nächsten Jahre hinaus die Unterstützung gewährleisten.

Wichtig ist aber auch, dass wir neue Anreize geben. Deswegen werden wir herausragende neue Projekte und Ideen in den Öko-Modellregionen ab sofort mit bis zu 50 % fördern und unterstützen.

Ich bleibe dabei: Mehr Bio aus Bayern geht nur mit dem Schwung des Marktes. Dazu muss man den Markt aber auch genau beobachten. Das schaffen wir mit dem neu gegründeten Öko-Board Bayern. So bringen wir erstens mehr Transparenz in den heimischen Ökomarkt. Zweitens mobilisieren wir die bestehenden Ökonetzwerke. Drittens bringen wir Erzeuger und Verarbeiter zusammen.

Man muss aber auch wissen: Bioobst und Biogemüse sind gefragt wie nie. Doch gerade hier hinkt das örtliche und heimische Angebot hinterher. Wir haben hier einen Selbstversorgungsgrad von 20 %. Daher installieren wir ein eigenes Kompetenzzentrum Ökogartenbau an der LWG. Der Markt ist vorhanden. Jetzt brauchen wir die Erzeuger.

Seien wir doch auch hier ehrlich: Biokartoffeln aus Ägypten und Bioweizen aus Italien, wie es manche GRÜNE gut finden, wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das kann unmöglich der richtige Weg sein. Der Anspruch dieser Staatsregierung ist auch hier: Bio aus Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, moderne Landwirtschaft ist schon heute viel mehr als reine Agrarproduktion. Zusätzliche betriebliche Standbeine schaffen Einkommen, sichern Arbeitsplätze und stärken den ländlichen Raum. Vor allem unsere Landfrauen sind hier sehr kreativ und aktiv. Ich darf Sie von ganzem Herzen bitten, einen richtig dicken Applaus nach draußen zu schicken; denn ich bin mir sicher, dass viele heute zuhören. Ich glaube, dieser Applaus ist unseren Landfrauen gegönnt.

(Beifall)

Wir werden mit einem Gründerzentrum in Ruhstorf zur Betreuung von Neueinsteigern einen Ideenwettbewerb für neue Geschäftsmodelle ausloben. Wir brauchen Ideen für Dienstleistungen und neue Produkte vom Bauernhof. Da gibt es natürlich schon einige. Denken wir an das betreute Wohnen für Senioren, Erlebnis- und Bauernhofkindergärten, Urlaubs- und Wellnesshöfe, Direkt- und Onlinevermarktung, Handwerk auf dem Bauernhof oder die Bereiche Energie, Klima und Biodiversität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vieles verändert das Bild unserer Landwirtschaft. Aber auch die Anforderungen an die Betriebsleiter verändern sich. Unsere Bäuerinnen und Bauern müssen wie niemals zuvor unternehmerisch denken und handeln und die eigenen Stärken erkennen, um so vor allem auf neue Trends reagieren zu können. Dementsprechend passen wir auch unsere Beratungs- und Bildungsangebote immer wieder an.

Ein neuer Baustein ist die Hofnachfolgestrategie zur Sicherung einer ausreichenden Zahl an kreativen unternehmerischen Köpfen in der Landwirtschaft. Dabei setzen wir auf eine neue Existenzgründerförderung und auf gezielte Weiterbildung. Lebenslanges

Lernen ist angesagt. Wir machen auch hier das Programm attraktiver und bezuschulsen Weiterbildungsangebote mit 50 %.

Das sind die Grundlagen. Wir reden immer wieder über Bildung. Wir brauchen die besten Grundlagen für Bayerns Bauern; denn nur so können sie in eine gute Zukunft gehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle darf ich allen, die der Landwirtschaft ihre volle Unterstützung widmen, von ganzem Herzen meinen Dank aussprechen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen des Landwirtschaftsausschusses, aber auch des Umweltausschusses, dass sie Woche für Woche im positiven Sinne für die besten Ansätze der bayerischen Agrarpolitik streiten. Genauso gilt mein Dank allen berufsständischen Verbänden für die zwar oft harte, aber auch konstruktive Auseinandersetzung. Mein Dank gebührt vor allem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und in den nachgelagerten Ämtern und Einrichtungen für ihren großartigen Einsatz unter nicht immer einfachen Rahmenbedingungen.

Ich danke dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker, der mir immer mit Rat und Tat zur Seite steht, vor allem für die wohlwollende finanzielle Begleitung und dem Staatskanzleichef Florian Herrmann für die fast tagtägliche Unterstützung in schwierigsten Fragen. Ein herzliches "Vergelts Gott!" gilt unserem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, der sich wie kein anderer für unsere bayerischen Bauern, gerade auch in Berlin, einsetzt. Lieber Markus Söder, du motivierst uns jeden Tag, unterstützt uns und sagst, wir sollen nicht nachlassen, sondern müssen dem bayerischen Anspruch gerecht werden, nämlich das Beste für unsere Heimat herauszuholen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle erleben gerade extrem fordernde Zeiten. Der von uns als selbstverständlich empfundene Lauf – immer schneller, immer höher,

immer weiter – scheint gebrochen. Ein Umdenken ist nicht nur erwünscht, sondern dringend notwendig.

Die Menschen haben in der Pandemie den Wert regionaler und ökologisch erzeugter Lebensmittel neu schätzen gelernt. Dieses neue Bewusstsein müssen wir in die Zukunft tragen für mehr Wertschätzung und mehr Wertschöpfung.

Wir brauchen wieder mehr ehrliche Anerkennung von Leistungen. Das gilt eigentlich für alle Branchen und Bereiche, aber ganz besonders für die Landwirtschaft. Wenn ich mir die wirtschaftliche Situation der Land- und Forstwirtschaft in Bayern anschau, kann man mit Fug und Recht sagen: Wir liegen hier einschließlich vor- und nachgelagertem Bereich bei 173 Milliarden Euro. Wenn ich mir daneben noch die Leistungsbereitschaft unserer Landwirtinnen und Landwirte vor Augen halte, dann muss ich sagen, dass gerade sie in ganz besonderer Weise die Vorbilder in der heutigen Zeit sind.

Bayerns Bäuerinnen und Bauern sind unsere Ernährer, unsere Landschaftspfleger, unsere Klima- und Umweltwirte. Sie sind Arbeitgeber und vor allem Unternehmer. Sie sind aber auch Bewahrer von Tradition und Kultur in unserem Land. Sie sind trotz ihrer täglichen harten Arbeit und Belastung in allen Bereichen des Ehrenamts stark vertreten. Sie halten damit auch die Gesellschaft auf eine ganz besondere Art und Weise zusammen. Auch das haben viele aus den Augen verloren. Deswegen gilt unser aufrichtiger Dank und großer Respekt unseren bayerischen Bäuerinnen und Bauern. Die Bayerische Staatsregierung und auch dieses Hohe Haus sind zu Recht stolz auf Bayerns Landwirtschaft.

Ich schließe mit meinem Lieblingspruch: Die Landschaft ist ein Geschenk des Himmels. Der Rest ist harte Arbeit. – Ich füge hinzu: von Bauernhand gemacht.

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für Bayerns Land- und Forstwirtschaft. Ich wünsche unseren Bäuerinnen und Bauern, ihren Familien und Höfen, aber auch unserer Heimat Bayern von ganzem Herzen Gottes reichen Segen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner ist Ludwig Hartmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe seit dem Erfolg des Volksbegehrens "Rettet die Bienen" unzählige landwirtschaftliche Betriebe besucht, vom kleinen Nebenerwerbsbetrieb über den Bio-Haupterwerbsbetrieb bis hin zum großen konventionellen Puten- und Schweinemastbetrieb, und ich kann Ihnen ganz deutlich sagen: Ich habe keinen Bauern, keine Bäuerin kennengelernt, die in der Früh aufsteht und sich fragt: Wie quäle ich heute meine Tiere? Oder: Wie verschmutze ich heute das Grundwasser? Ich habe viele junge Landwirte und viele ältere Landwirte kennengelernt, die sich eines fragen, die eines umtreibt: Wie konnte es so weit kommen, dass sie jetzt in einem Agrarsystem gefangen sind, in dem sie kaum noch eine Zukunft sehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben heute viel Richtiges gesagt. Aber eines haben Sie verschwiegen: die Ursache des heutigen Problems in der Landwirtschaft. Es war ein politisch gewolltes System, das "Wachsen oder weichen" hieß, ein System, das auf allen politischen Ebenen ganz deutlich die Handschrift der CSU trägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach vielen Gesprächen mit Landwirten, mit Naturschützern, mit Verbrauchern kann ich ganz deutlich sagen: Alle drei Gruppen sind mit dem Ist-Zustand der Agrarpolitik dieser Regierung unzufrieden. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für mich ist klar: Wenn alle unzufrieden sind, ist die Zeit gekommen, etwas zu ändern. Dafür braucht es deutlich mehr, liebe Frau Ministerin, als schöne Worte und gutes Zureden.

Sie haben heute viel von Nachhaltigkeit und Fairness gesprochen. Ich kann Ihnen sagen: Diese beiden Werte, nachhaltig und fair, sind in der CSU-Agrarpolitik genauso selten zu finden wie der Feldhamster in den Fluren unseres Landes. Lassen Sie mich an drei Beispielen deutlich machen, was ich meine: am Höfesterben, am Artensterben, am Flächenfraß.

Fangen wir mit dem Höfesterben an. In Bayern sind viele Betriebe verschwunden. Allein in den letzten zehn Jahre betrug der Verlust 15.000 Höfe. Bis zum Jahr 2030 wird von einer weiteren Halbierung der Zahl der Betriebe ausgegangen, und das trotz erheblicher Fördersummen, trotz des hohen Einsatzes von Pestiziden und Kunstdüngern. Jahrzehntlang wurden unsere Landwirte in eine irrwitzige Exportausrichtung mit einem ruinösen Wachstumszwang getrieben. Das war verkehrt. Die Politik der Dumpingpreise für Nahrungsmittel auf Kosten unserer Landwirte muss aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, wie es gerade läuft, ist es weder nachhaltig noch smart noch fair, sondern nur eines: Es ist rücksichtslos und wird auf dem Rücken unserer Landwirte ausgetragen und schadet unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Auch das ist ein Ergebnis Ihrer Politik der letzten Jahre.

Zweitens, das Artensterben. Nicht nur viele Bauernhöfe gehen verloren, sondern auch der Lebensraum unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Der hohe Einsatz von Pestiziden und der Verlust von Lebensräumen, Ackerrändern, Böschungen und Hecken vernichten Lebensraum von Wildbienen, Schmetterlingen und Igel. Von den etwa 35.000 in Bayern heimischen Tierarten ist fast jede zweite gefährdet. Den größten Artenschwund erleben wir bei den Tier- und Pflanzenarten, die ihren Lebensraum im Offenland haben. Besonders bedroht ist der Schmetterling. Von 169 heimischen Tagfalterar-

ten gelten nur noch 29 als ungefährdet. Auch das ist ein trauriges Ergebnis Ihrer Politik, einer Politik, die unsere Landwirte in ein System getrieben hat, das auf Kosten der heimischen Tier- und Pflanzenwelt immer mehr Ertrag pro Hektar verlangt, um wirtschaftlich überleben zu können. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittes Beispiel – Sie haben es auch angesprochen, nur, ich habe keine echte Lösung gehört –: das Thema Flächenfraß. Heute haben wir Donnerstag. Drei Werkzeuge der Woche sind bereits um. In diesen drei Tagen ist wieder die landwirtschaftliche Nutzfläche eines durchschnittlichen bayerischen Bauernhofs unter Beton und Asphalt verschwunden und damit auch die Existenzgrundlage einer bäuerlichen Familie. Das ist auch das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns die Zahlen des Bayerischen Bauernverbandes an. Seit 1960 sind 840.000 Hektar Wiesen und Äcker unwiederbringlich verloren gegangen. Zur Einordnung: Das ist die Größe von Schwaben und Unterfranken zusammen. Auch hier ist Ihre Politik nicht nachhaltig, smart und fair, sondern nur eines: an Verantwortungslosigkeit gegenüber unseren Landwirten kaum zu überbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Landwirte sind doch mehr denn je auf gesunde Wiesen und Äcker angewiesen, wenn sie nachhaltiger, mit weniger Dünger und weniger Ackergiften wirtschaften sollen. Für uns ist unstrittig: Die Wiesen und Felder, die Existenzgrundlage unserer bäuerlichen Familien, müssen wir schützen und erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ein Schutzprogramm für landwirtschaftliche Flächen, damit unsere Wiesen, Felder und Wälder nicht dem Flächenfraß zum Opfer fallen. Die von uns GRÜ-

NEN vorgeschlagene Höchstgrenze von 5 Hektar pro Tag, also eine Halbierung gegenüber dem Ist-Zustand, bedeutet übrigens auch eine Halbierung der Ausgleichsflächen. Das heißt, die Landwirte gewinnen doppelt. So muss es auch sein. Das ist entscheidend, um den Flächenfraß wirklich einzudämmen und somit für bezahlbare Pachtpreise zu sorgen. Dieser Weg einer verbindlichen Höchstgrenze im Interesse unserer bäuerlichen Familien ist nachhaltig, smart und fair.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist Zeit, dass aus Reden und gutem Zureden endlich Handeln wird. "Bio" und "regional" muss doch der Standard in den öffentlichen Kantinen sein. Das hätte man längst umsetzen können. Um die Regionalvermarktung entscheidend zu stärken, wird – das sage ich Ihnen ganz deutlich – eine App allein nicht genügen. Dafür brauchen wir in jedem Landkreis eine feste Stelle, eine feste Person, die die Regionalvermarktung unter fairen Bedingungen voranbringt, die als Kontaktperson zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern und Verbraucherinnen und Verbrauchern agiert, die dafür sorgt, dass die regionalen Produkte auch in den Kantinen der Unternehmen landen. Dafür braucht es eine Person, die auch dafür sorgt, dass regionale Weiterverarbeitungszweige entstehen, an denen unsere Landwirte dann sogar beteiligt sein können. Eine App allein greift deutlich zu kurz.

Das KULAP wollen wir neu ausrichten. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Das Ziel lautet: weniger Bürokratie für unsere Landwirte, verbunden mit einem Mehr an Arten- und Naturschutz für uns alle. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf den Vertragsnaturschutz und eine Ausweitung der Weideprämie, damit alle, Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher, Tiere und Natur, von Fördergeldern profitieren.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen und die Probleme in der Landwirtschaftspolitik sind seit Jahren bekannt und wissenschaftlich belegt. Aber vor allem von CSU-Agrarpolitikerinnen und -politikern wurden sie jahrelang ausgesessen und verschleppt, und dies auf Kosten unserer bayerischen Landwirte

und unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Jetzt, wo es so offensichtlich ist, dass der CSU-Weg, der "Wachsen oder weichen" lautete, in eine Sackgasse geführt hat, ist der Frust umso größer.

Wir wollen endlich einen Weg heraus aus dieser Sackgasse, nicht gegeneinander, sondern miteinander. Wir wollen eine Landwirtschaftspolitik, die nicht gegen die Natur arbeitet, sondern mit ihr. Wir zeigen den Landwirten echte Wege auf, wie finanziell attraktive Landwirtschaft mit Natur- und Artenschutz zusammen gedacht werden kann. Diese Wege sind keine Einbahnstraße. Vielmehr müssen sich alle bewegen, Naturschützerinnen und Naturschützer und die Landwirte, die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Lebensmittelkonzerne.

Ich bin davon überzeugt, dass alle verlieren, wenn jede Gruppe ihre Interessen jeweils maximal durchsetzen möchte, und dass wir alle gewinnen, wenn wir alle bereit sind, ein paar Schritte aufeinander zuzugehen. Dann schaffen wir gemeinsam einen großen Schritt, einen neuen Pakt von Landwirtschaft, Gesellschaft und Naturschutz. Dafür stehen wir bereit, für die Beibehaltung des Status quo nicht.

Vor ein paar Wochen ist der 10-Punkte-Katalog des Bayerischen Bauernverbandes mit dem Titel "Das grüne Fundament für unser Land" – übrigens ein sehr schöner Titel – veröffentlicht worden, das ganz deutlich zeigt, dass sich auch der Bauernverband bereits auf den Weg gemacht hat. Das zeigt doch: Auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landwirtschaft verbindet uns viel mehr als uns trennt; denn wir alle sind auf eine intakte Natur angewiesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, schade ist nur, dass Sie das bis heute nicht verstanden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Schöfel für die CSU-Fraktion das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, lieber Ministerpräsident, liebe Landwirtschaftsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei unserer Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber für ihre zukunftsweisende Regierungserklärung, die sie heute gegeben hat, herzlich bedanken. Sie hat echte Zukunftsperspektiven aufgezeigt. Die Bauern profitieren am meisten davon, wenn ein Zukunftsfeld aufgezeigt wird, woran man sich ausrichten kann, und die Menschen merken, dass es der Politik ernst ist, die Landwirtschaft in die Zukunft zu führen.

Liebe Michaela, du hast ein großes Herz für die Bäuerinnen und Bauern. Du verstehst und liebst die Menschen. Das ist das Allerwichtigste. Deswegen herzlichen Dank für den großen Einsatz, den du hier immer wieder bringst!

(Beifall bei der CSU)

Die Sicherung unserer Ernährung auf höchstem Qualitätsniveau, das höchste und nachhaltige Produktionsniveau und die Verantwortung für Mensch, Tier, Umwelt und Klima stehen im Mittelpunkt der Regierungserklärung und unserer heutigen Diskussion. Es war ein Feuerwerk an Ideen, wie man auf ein und derselben Fläche – auf unserer begrenzten Agrarfläche in Bayern – Lebensmittel produzieren, Biodiversität erhalten und den Boden als Kohlenstoffspeicher nutzen kann. Das ist die Landwirtschaft der Zukunft: Lebensmittel produzieren, und das Ganze in einer Symbiose mit einer intakten Kultur- und einer artenreichen Agrarlandschaft.

Herr Hartmann, von Ihrer Rede bin ich, ehrlich gesagt, enttäuscht. Sie haben die gleiche Rede und die gleichen Phrasen schon vor fünf Jahren, vor dem Volksbegehren, gehalten. Das kennen wir alle. Damals haben Sie noch Ihre Hetzrede eingefügt, die Bauern würden ihre Tiere in den Ställen täglich quälen, die Tiere würden in den Schlachthöfen ohne Betäubung geschlachtet. Heute hat es sich ein bisschen anders angehört, weil Sie wissen, dass Sie es nicht verantworten können. Aber das, was Sie hier bringen, ist ziemlich flach und vor allem unglaubwürdig. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Zur Politik der GRÜNEN: Wir haben im Grunde nur wahrgenommen, dass die GRÜNEN Flächen stilllegen wollen. Das ist ihr Ansatz. Woher die Lebensmittel kommen, ist ihnen ziemlich egal; Hauptsache ist, es steht "Bio" darauf. Aber es kann doch keine sinnvolle Landwirtschafts- und Ernährungspolitik sein, anderswo den Regenwald zu roden und bei uns die Flächen stillzulegen. Das ist zu wenig. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Sengl gibt die Antwort darauf, woher die Lebensmittel kommen; denn sie sagte im Landwirtschaftsausschuss: lieber den Bio-Apfel aus Südamerika als den Apfel vom Bodensee, lieber das Bio-Getreide aus Italien als das Getreide von bayerischen Bauern. Mit solchen Ansätzen können Sie die Zukunft nicht gewinnen. Damit entscheiden Sie sich vor allem nicht für die Verbraucherinnen und Verbraucher Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Sie geben vor, Politik für die bäuerliche Landwirtschaft zu betreiben und mit Bauern zu reden. Auch führen Sie im Internet einen AgrarDialog. Aber wie mir aus der Oberpfalz und aus Niederbayern berichtet wird, kommen da nicht die Bauern, sondern nur grüne Ideologen zu Wort. Im Grunde betreiben Sie tatsächlich eine eigentums- und bauernfeindliche Politik.

(Beifall bei der CSU)

Beim Klimawandel stellen Sie zum Beispiel die Landwirte als Täter hin. Das geht zu weit.

Unterhalte ich mich beispielsweise in München mit Menschen, die von Landwirtschaft keine Ahnung haben, wird mir die Frage gestellt: Was muss ich kaufen, damit ich hie-

sige Nahrungsmittel bekomme, die biologisch und nachhaltig produziert sind? Dann antworte ich ihnen: Schaut nach dem Bayerischen Bio-Siegel. "Nachhaltigkeit" heißt: hiesige Nahrungsmittel, nachhaltig produziert. Die GRÜNEN nehmen diese Bedürfnisse der Menschen überhaupt nicht wahr. Sie reden weder über die Ernährung noch über die Landwirtschaft. Man muss nicht nur die Bauern, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher vor ihnen warnen.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer gesagt, der bayerische Weg sei "Wachsen oder weichen". Schauen wir uns vergleichbare Zahlen an: Wir haben in Bayern überschaubare Strukturen als Basis für den gesellschaftlichen Dialog, als Zukunft für die Landwirtschaft, aber auch für unsere Gesellschaft. Die Landwirtschaftsministerin hat aufgezeigt, worauf es in Zukunft ankommt. Machen wir einen Vergleich mit Schleswig-Holstein: Milchkühe in Bayern je Betrieb 40, in Schleswig-Holstein 100; Mastschweine in Bayern je Betrieb 300, im Durchschnitt in Schleswig-Holstein 930; Zuchtsauen in Bayern je Betrieb 100, in Schleswig-Holstein 300. In Bayern liegt der Anteil der Betriebe, die größer als 100 Hektar sind, bei 6 %, in Schleswig-Holstein bei 27,5 %. Herr Hartmann, da können Sie doch nicht sagen, "Wachsen oder weichen" sei die Politik der CSU. Fragen Sie doch mal den Herrn Habeck, wie er mit diesen Sachen umgegangen ist, als er in Schleswig-Holstein die Verantwortung getragen hat.

(Beifall bei der CSU)

Es war immer Bayern – das hat die Landwirtschaftsministerin angesprochen –, das auf dem Weg vorangegangen ist. Bayern hat in den Achtzigerjahren das erste Agrarumweltprogramm entwickelt. Dieses Programm nach dem Motto "Freiwilligkeit statt Ordnungsrecht" und zur Förderung des Ökolandbaus ist bis heute ein Erfolg. Ich weiß noch, dass Helmut Brunner hier oft scharf kritisiert worden ist. Aber kein Landwirt, der diese Förderung in Anspruch genommen hat und diesen Weg gegangen ist, wird dies heute bereuen; denn es war der richtige Weg.

Auch beim Artenschutz waren wir Vorreiter. Mit dem Runden Tisch und der Einbindung der Landwirtschaft sind wir Vorbild für andere Bundesländer und den Bund selbst. Unser Paket steht immer noch. Etwas Besseres gibt es in Deutschland nicht. Deswegen müssen wir alles miteinander betrachten: die Ernährung, die Biodiversität, aber auch die Kohlenstoffspeicherung. Dabei darf die Sicherung der Ernährung nie aus den Augen verloren werden. In den Supermärkten sind die Regale immer voll. Aber kommen die Lebensmittel von ALDI oder von EDEKA? Wachsen Lebensmittel im Klimaschrank? – Nein, es sind unsere Bäuerinnen und Bauern, die täglich durch harte Arbeit dafür sorgen, dass wir gute Nahrungsmittel haben. Ja, wir haben bei Obst und Gemüse einen sehr niedrigen Versorgungsgrad. Das ist eine Chance für die Zukunft. Wir haben bei Kartoffeln, bei Milch, bei Käse und bei Zucker über 100 % Versorgungsgrad. Deswegen danken wir den Bauern für ihre Arbeit.

Wie sieht die Ernährungssituation weltweit aus? Auch diese Frage ist wichtig, wenn wir über den Sektor sprechen. Derzeit gibt es Hiobsbotschaften aus der ganzen Welt: In den USA ist es seit Wochen zu kalt und zu trocken. In Russland ist die Aussaat deutlich verzögert. In Brasilien leiden die Kulturen unter Wassermangel. In Frankreich und in Südwestdeutschland haben wir Auswinterungsschäden an früh gesäten Kulturen. In einem der letzten Wochenblätter berichtete ein Experte, rund um den Globus sei die Witterung nicht ideal. Die Marktteilnehmer treibe die Angst um, dass morgen nicht mehr genug Ware da sei. China tätigt Rekordimporte. Der Rapspreis ist auf einem Allzeithoch. In Deutschland wurden vor der Ernte für Raps noch nie 500 Euro pro Tonne bezahlt. Chicagos Börse verzeichnet bei Sojabohnen, Mais und Weizen einen massiven Anstieg um 20 bis 30 %. Auch in Europa haben wir starke Kursanstiege. Die Analysten sagen uns: Die weltweiten Vorräte werden als versorgungsgefährdend eingestuft. Die aktuellen Getreidevorräte reichen für acht Wochen. Die Versorgung für Mensch, für Tier und für die sonstigen Bedarfe lässt sich nur noch sicherstellen, wenn eine überdurchschnittliche Ernte eingefahren wird. Das belastet vor allem die Länder, die diese starken Preisanstiege nicht mehr bezahlen können. Deswegen hat Argentinien, eines der größten Exportländer für Rindfleisch, den Export

von Rindfleisch gestern komplett ausgesetzt. Die Fleischpreise im Land sind unbezahlbar geworden.

Dabei ist mir wichtig: Eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft wird es bei uns nicht geben. Wir können aber stolz und glücklich sein, dass wir eine leistungsfähige Landwirtschaft haben, die uns mit Nahrungsmitteln versorgen kann und die hochwertige Produkte herstellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Produkte brauchen wir auch in der Zukunft. Daran müssen wir alles setzen. Dieses Jahr 2020 hat gezeigt, wie schnell Lieferketten in Gefahr geraten können und dass die Menschen verstärkt nach hochwertiger Ware und nach Bio-Ware greifen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das produzieren die bayerischen Bauern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Landwirtschaft braucht ein festes Fundament für die Zukunft. Das hat die Frau Landwirtschaftsministerin heute aufgezeigt. Das ist auch die Arbeit der CSU-Landtagsfraktion. Daran bauen wir jeden Tag weiter. Das hat sich in den letzten Jahren auch bewährt. Die Lebensmittelproduktion bleibt das Hauptziel. Die weltweite Nachfrage nach Lebensmitteln wird weiter zunehmen. Lebensmittel aus Bayern sind etwas Besonderes: besonderes Produktionsumfeld, besondere Qualität und verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen. Unsere Nahrungsmittel finden nicht nur ihren Markt, sondern sie sollen auch zu fairen Preisen verkauft werden. Der Staat kann dies nicht steuern, aber wir können gute Rahmenbedingungen schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bayerische Produkte haben Premiumqualität. So sollten wir sie auch vermarkten.

Die Zielgruppe, die ganz besondere Ansprüche an Agrarprodukte stellt, wird zweifellos größer werden. Kann diese Gruppe noch Rindfleisch aus Südamerika kaufen, wo der Regenwald gerodet, wo heute noch Atrazin ausgebracht wird, das wir nach 30 Jahren Verbot immer noch in unserem Grundwasser finden, und wo teilweise noch Hormone eingesetzt werden? – Hier stellen sich große Fragen. Und hier liegen auch die Chan-

cen für unsere Produktion, gerade in der Tierhaltung. Die Mitglieder der Borchert-Kommission haben das erkannt und drängen deshalb auf einen Umbau der Tierhaltung in Deutschland. Wir unterstützen diesen Ansatz auf ganzer Linie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, "Bayern statt Brasilien", das muss das Motto der Zukunft sein.

Die Landwirtschaft muss ohne Zweifel immer im Einklang mit der Natur funktionieren. Wir arbeiten an der Symbiose von Landwirtschaft und Ökosystem sehr engagiert. Das Leitbild der artenreichen Agrarlandschaft steht dabei im Mittelpunkt. Wir werden den Biotopverbund, der im Volksbegehren beschlossen worden ist, gezielt weiterentwickeln. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik gibt uns dafür viele Möglichkeiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bienen und Raps passen hervorragend zusammen. Das wird auch in der Zukunft so sein.

Die Landwirtschaftsministerin hat völlig zu Recht einen neuen Blickwinkel zur Nutztierhaltung eingenommen. Es gehört zu den bäuerlichen Werten, Tiere als Mitgeschöpfe zu achten. Trotzdem sind tierische Produkte Teil einer ausgewogenen Ernährung. Mehr und mehr Verbraucher stellen aber kritische Fragen, gerade die jüngeren. Für sie ist der respektvolle Umgang mit Tieren und tierischen Nahrungsmitteln der Schlüssel dafür, dass auch in Zukunft tierische Produkte einen Markt finden. Ich bin sicher: Wir werden diesen Weg zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern weiterhin engagiert gehen und dabei Erfolg haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, davon bin ich fest überzeugt.

Die Digitalisierung bringt neue Chancen für mehr Ressourcenschutz, für mehr Tierwohl, für mehr Planungssicherheit sowie für die Dokumentation. Das ist eine Arbeitserleichterung für die Landwirtschaft. In der Regierungserklärung wurde sehr deutlich, dass wir bei diesem Thema weit vorausdenken und unsere Bäuerinnen und Bauern auf dem Weg in die digitale Zukunft bestmöglich begleiten.

Unsere Landwirtschaft ist Gestalter des ländlichen Raums. Die Bäuerinnen und Bauern sind das Herz und die Seele vieler Dörfer. Deswegen achten wir sie. Im Mittelpunkt

unserer Überlegungen steht der Mensch. Für die Bäuerinnen und Bauern in einem intakten, attraktiven und chancenreichen Lebensumfeld stehen die Bemühungen der bayerischen Agrarpolitik, der ländlichen Entwicklung, der Heimatpolitik, der Politik dieser Bayerischen Staatsregierung insgesamt.

Die Tatsache, dass wir einen starken ländlichen Raum haben, stärkt Bayern und die Bauernfamilien. Bei der Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum haben wir nicht nur auf Stallbau gesetzt, sondern auch auf die Ansiedlung von Industrie und Handwerk, auf Hotels und Urlaub auf dem Bauernhof, auf gute Straßen und Datenautobahnen. All das macht einen attraktiven ländlichen Raum in Bayern aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das wird täglich durch das Landwirtschaftsministerium vorgebracht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Landwirtschaft braucht die Akzeptanz der Bevölkerung. Nach meiner Auffassung haben wir in Bayern die besten Möglichkeiten, um diese Akzeptanz der Bevölkerung weiterhin zu erhalten. Vorhin wurde von "Wachsen oder weichen" gesprochen. 40 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sind in Bayern. Wir haben in Deutschland 260.000 Betriebe, über 100.000 befinden sich in Bayern. Da kann man doch nicht sagen, "Wachsen oder weichen" sei die bayerische Politik. Andere Länder sind diesen Weg gegangen. Ich habe es bereits vorhin dargestellt: Für uns wird es in der Zukunft noch wichtiger sein, dass es eine enge Verbindung zwischen den Erzeugern und den Endverbrauchern gibt. Wir werden deshalb diese Verbindung noch stärker fördern.

Ich bin davon überzeugt, dass in der Zukunft deutlich mehr Landwirte in die Direktvermarktung einsteigen werden, sei es als Verkäufer direkt an Endkunden, sei es als Exklusivlieferant für den Lebensmitteleinzelhandel, einen Metzger oder andere Verarbeitungsbetriebe. Wir unterstützen die Landwirte dabei durch die Investitionsförderung, durch unsere Regionalstrategien, durch Vermarktungs- und Kommunikationskonzepte, durch unsere bayerischen Siegel, durch unser Kompetenzzentrum für Ernährung,

durch die Genussakademie Bayern, durch den Bayerischen Tierwohlpreis und, und, und. Wir haben viele Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass die Bauern im Markt und im Wettbewerb noch besser aufgestellt sind. Dazu gehört auch die starke Strategie BioRegio 2030, mit der die Bauern und der Freistaat gut gerüstet sind. Echtes Bio kommt aus Bayern. Echtes Bio ist regional und kommt nicht von irgendwo auf der Welt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur regional ist nachhaltig.

Über die große Herausforderung des Klimaschutzes hat die Ministerin gesprochen. Das ist für uns ein zentrales Thema. CO₂ binden, Sauerstoff produzieren, den Wald erhalten, den Holzbau fördern, die Förderung der erneuerbaren Energien, nachwachsende Rohstoffe, Treibstoffe der Zukunft – das sind Themen der Agrarpolitik der Zukunft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade im Hinblick auf das EEG sehen wir in Berlin noch großen Änderungsbedarf, zum Beispiel für die Biogasanlagen, die von Bäuerinnen und Bauern geschaffen worden sind. Es ist traurig, dass es in Berlin bis heute nicht gelungen ist, eine vernünftige Anschlussregelung für bestehende Biogasanlagen vorzulegen.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch Klimaschutz! Unsere Staatsregierung und unsere Landtagsfraktion appellieren hier ständig an den Bund.

Biogas kann hervorragend zu Ökologie passen. Das passt auch hervorragend zusammen, zum Beispiel in der Wirtschaftsweise der regenerativen Landwirtschaft und des Ökolandbaus. Durch Klee, durch Leguminosen und durch Blütmischungen werden Energiegewinnung und Artenvielfalt optimal kombinierbar. Wir haben bereits über den Humusaufbau gesprochen. Ich nenne außerdem weite Fruchtfolgen, dauernde Bodenbedeckung und organische Düngung. Wir beschäftigen uns intensiv mit dem Boden, mit dem Bodenleben und mit den Vorgängen im Boden. Wir werden das auch in unserem neuen KULAP 2023 bis 2028 in den Mittelpunkt stellen. Die Leistungen für die Ökosysteme müssen eine dauerhafte Einkommensquelle für die Landwirtschaft sein.

Abschließend will ich sagen: Mir ist bewusst, dass die Landwirtschaft derzeit an allen Fronten in einem extremen Anpassungs- und Veränderungsprozess steht. Wir wissen, dass einzelne Betriebe derzeit sehr viel zu bewältigen haben. Wir lassen sie dabei nicht allein. Die neue Düngeverordnung, die letztlich von der EU-Kommission und vom Bundesumweltministerium diktiert worden ist, stellt viele Bauern vor große Herausforderungen und kostet sehr viel Zeit und Nerven in der Umsetzung. Aber es ist wichtig, den Gewässerschutz in den Mittelpunkt zu stellen. Unsere zentrale Forderung lautet: Die Betriebe dürfen nur so weit in ihrer Bewirtschaftung eingeschränkt werden, wie das unabdingbar ist. Wo Messstellen fehlen, müssen diese schnellstmöglich eingerichtet werden. Die Maßnahmen müssen in überschaubaren Zeiträumen überprüft werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich möchte mich hier bei der Landesanstalt für Landwirtschaft bedanken. Sie leistet eine große Arbeit; denn die Vorhaben müssen umgesetzt werden. Täglich wird dort an Verbesserungen für die Bäuerinnen und Bauern gearbeitet. Dabei geht es um die Unterstützung durch eine eigene Software, um die ständige Optimierung dieser Software und um die Erleichterung der Eingaben, zum Beispiel, dass kleine Flächen zusammengefasst werden können. Weiter geht es um die Verknüpfung zu allen bekannten Ackerschlagkarteien und um besondere bayerische Regelungen, beispielsweise zum Zwischenfruchtanbau oder zum Zeitpunkt des Umbrechens, sowie um die bayerischen Festlegungen zum Düngen auf angefrorenem Boden. Hier werden täglich praxistaugliche Lösungen gefunden, die die Gewässer bestmöglich schützen. Da müssen wir unsere Landwirtschaft noch mehr bei den aktuellen Herausforderungen unterstützen. Es geht nicht nur um einzelbetriebliche Managementaufgaben allein, sondern es geht bei Wasser, Artenvielfalt und Klimaschutz auch um gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und Leistungen. Da dürfen wir die Bauern nicht alleinlassen, sondern müssen sie bestmöglich in ihrer täglichen Arbeit unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist auch eine Lehre aus der Düngeverordnung, dass wir als Branche Themen, die wir erkennen, rechtzeitig in die Hand nehmen, die gute fachliche Praxis aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten und Veränderungen, die als notwendig erachtet werden, aus eigener Kraft anstoßen – mit der Erfahrung der Praktiker, nicht gegen sie. Auch so verstehe ich die heutige Regierungserklärung: als Botschaft, Landwirtschaft in die Zukunft zu entwickeln.

Wenn wir mehr Tierwohl wollen, dann brauchen wir neue Ställe. Da brauchen wir Auslaufmöglichkeiten. Da müssen wir bauen. Da braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. So wie die Gesetzeslage in Berlin derzeit ist, wird es für viele Landwirte schwierig werden. Deswegen muss der Bund hier die Weichenstellungen vornehmen, die die Borchert-Kommission vorschlägt. Der Bund muss mit einem Tierwohlgesetz Stallbau ermöglichen und zuverlässige Rahmenbedingungen gewährleisten. Am Ende kommt es bei der Umsetzung dieser Vorschläge auch auf den Verbraucher und in besonderer Weise auf den Lebensmitteleinzelhandel an. Wir brauchen faire Preise. Im Lebensmitteleinzelhandel darf auf keinen Fall weiter Preisdruck mit ausländischen Lebensmitteln gemacht werden.

Wenn wir die Tierhaltung in Deutschland auf neue Beine stellen wollen und sie umbauen wollen, dann muss es der Vergangenheit angehören, dass aus preislichen Gründen inländische Hersteller ausgelistet werden und ausländische Hersteller aufgenommen werden. Lebensmittel haben einen hohen Wert und dürfen nicht zum Lockangebot werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wer Tierwohl will, braucht Tierhalter, die diese anspruchsvolle und zeitaufwendige Arbeit weiterhin leisten können und wollen. Wer Klimaschutz betreiben will und hier besser werden will, braucht Land- und Forstwirte, weil nur in dieser Branche CO₂ gebunden werden kann und Sauerstoff produziert wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir junge Leute motivieren, in diesen wunderbaren Beruf des Landwirts einzusteigen. Wir

sollten in der Zukunft wieder mehr auf ihre hervorragende Ausbildung und weniger auf staatliche Vorgaben setzen, wie es andere Parteien im Deutschen Bundestag, aber auch hier im Haus täglich fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir setzen auf Freiwilligkeit statt auf Ordnungsrecht, auf Motivation und Mitmachen. Wir danken unseren Bäuerinnen und Bauern für ihren jeden Tag wieder großartigen Einsatz. Unsere Landwirtschaft in Bayern hat ein festes Fundament. Wir setzen uns zuallererst ein für ein wirtschaftliches Fundament unserer Bauernfamilien, ein festes Fundament durch eine sehr gute Ausbildung, ein festes Fundament durch Unterstützung aus Gesellschaft und Staat. Dieses Signal geht vom heutigen Tag in die bayerische Landwirtschaft. Wir können nur alle Menschen auffordern, uns dabei zu unterstützen und beim Einkauf auf bayerische Produkte aus unserer Landwirtschaft zu achten. – In diesem Sinne herzlichen Dank für die Regierungserklärung und für die vielen tolle Vorschläge, unseren Bäuerinnen und Bauern weiterhin Gottes Segen und alles Gute für die Zukunft!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte am Pult bleiben, Martin. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen.

(Martin Schöffel (CSU): Bin wieder da!)

– Wunderbar. – Zwei Zwischenbemerkungen: Die erste kommt vom Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Schöffel, ich teile Ihre Begeisterung für die Ausführungen der Ministerin nicht. Von einem "Feuerwerk der Ideen", wie Sie es genannt haben, und von Zukunftsperspektiven für die bäuerlichen Familienbetriebe in Bayern kann ich beim besten Willen nichts erkennen. Es war in keinsten Weise von Bürokratieabbau die Rede, beispielsweise von einer Senkung der Abgabenlast. Wie wollen Sie

das Höfesterben konkret stoppen, gerade im Hinblick darauf, dass in Bayern mehr als 60 % der Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet werden? Wie wollen Sie da konkret vorgehen und die Bauern motivieren, ihre Betriebe nicht aufzugeben?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Plenk, vielleicht sollten Sie die Regierungserklärung noch mal lesen. Wir lassen sie Ihnen noch mal in Schriftform zukommen.

(Zuruf)

Sie enthält auf 41 Seiten Vorschläge für die Zukunft – für tierhaltende Betriebe, die in vielfältiger Weise Unterstützung und Beratung erfahren werden, aber auch für Betriebe, die auf andere Standbeine setzen oder die in der Diversifizierung stärker werden wollen. All das ist vorgekommen. Da reichen zwei Minuten gar nicht aus, um uns über die Dinge zu unterhalten. Es kommt immer auf den Einzelbetrieb an, auf die Frage, was im Betrieb vorhanden ist und wo die Bauernfamilie in der Zukunft hinwill. – Wenn Sie die Regierungserklärung noch mal durchlesen, dann finden Sie vielleicht viele Ansätze für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Kollege Schöffel, die Ministerin hat gerade davon gesprochen, dass die Holzhäuslebauer die besten Klimaschützer sind. Wir haben in Bayern aktuell eine Eigentumsquote von 51,4 % für das Jahr 2018. Sie kommen so wie ich aus Oberfranken; dort ist sie etwas höher. Die Frage ist jetzt: Sie wollen den Holzbau offenkundig zunehmend einseitig privilegieren. Das hat mit der Novellierung der Bayerischen Bauordnung angefangen. Jetzt werden offenkundig Preise mit einer Million Euro ausgelobt, um den Holzbau zu fördern und besonders auszuzeichnen. Sie haben den Kollegen von den GRÜNEN gerade eigentumsfeindliche Politik vorgewor-

fen. Die kann ich bei Ihnen erkennen. In den letzten zehn Jahren ist die Eigentumsquote um 0,4 % in Bayern gestiegen. Es wird für die Menschen immer schwerer, Wohneigentum zu bilden, wenn sie jetzt auch noch immer mehr Holz verwenden müssen.

Daher frage ich: Von welchen Holzhäusern reden Sie denn eigentlich, die, wie die Ministerin darstellt, so richtig nachhaltig sein sollen? Denn die Holzrahmenbauweise, die die Masse der Holzbauten auszeichnet, und die Holzständerbauweise, für die aus Osteuropa Holz angekarrt wird, und dann kommt irgendwelche Dämmwolle rein und Gipskartonplatten darauf, sind aus meiner Sicht primärenergetisch nicht nachhaltig. Das heißt, welche Erkenntnisse und Studien liegen Ihnen überhaupt vor, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Sebastian Körber (FDP): – dass Holz ein nachhaltiger Baustoff ist?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Kollege, welche Erkenntnisse liegen vor? – Auch dazu reichen zwei Minuten nicht aus. Ich will Ihnen eine Zahl nennen.

Präsidentin Ilse Aigner: Es ist nur eine Minute!

Martin Schöffel (CSU): Eine Minute! Das ist noch schlimmer. Dann muss ich schneller machen.

(Zuruf)

Wir wissen auf jeden Fall: Ein Kubikmeter Holz bindet eine Tonne CO₂. Ein Kubikmeter Beton kostet massiv CO₂. Da ist es doch ein lohnenswertes Ziel, noch stärker auf unseren Holzbau zu setzen. Meine Eltern und ich wohnen seit 36 Jahren in einem Holzhaus in Holzständerbauweise. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben ein großartiges Raumklima. Es ist eine wunderbare Sache, mit Holz zu bauen. Ich bin mir sicher, dass die Menschen davon noch verstärkt Gebrauch machen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich dir danken, Michaela, für deinen Einsatz auch auf Bundesebene. Das ist auch für unsere Privatwaldbesitzer ein ganz starkes Zeichen, dass jetzt jeder unbürokratisch und auch in Zeiten des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes des Bundes im Wald bis zu 75 Festmeter unbürokratisch einschlagen kann. Das ist für die Waldbesitzer gut; das ist für die Holzbranche gut. Wir appellieren an alle, dass die regionalen Wertschöpfungsketten vom Wald bis zum Holzhaus in Zukunft stärker genutzt werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Die Minute ist vorbei!

Martin Schöffel (CSU): Das ist Klimaschutz und moderne Bauweise.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Minute ist einfach nicht länger. Es hilft nichts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Prof. Dr. Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerin Kaniber! Sie wollen uns hier in Bayern für die Zukunft Insekten-Burger schmackhaft machen. Das haben wir eben gehört.

(Zurufe)

Da wissen wir jetzt also, wo die Insekten geblieben sind, die hier vermisst werden.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit)

Im Übrigen haben Sie uns hier sehr viele andere fragwürdige Dinge kundgetan. Da verwundert es überhaupt nicht, dass der Herr Minister Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN, wie übrigens alle anderen Minister der FREIEN WÄHLER, heute überhaupt nicht da ist. Vielleicht sind die Koalitionsstreitigkeiten größer geworden. Vielleicht liegt es aber auch tatsächlich an den komischen Inhalten, die hier transportiert

worden sind. Aus dem 17er-Kabinet, Frau Kaniber, sehe ich aktuell zwei andere Minister. Nein, einen anderen Minister und eine Ministerin. Das sind zwei Personen. Der Ministerpräsident Söder ist gerade hinausgelaufen; vielleicht will er jetzt ja die Koalition retten, oder er nimmt vor diesen Inhalten der Rede von Ministerin Kaniber zur Landwirtschaft Reißaus, oder die Landwirtschaft ist gar nicht wichtig genug, als dass sich die Kollegen aus der Regierung das anhören.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, unsere einzigartige Natur- und Kulturlandschaft ist ein hohes und schützenswertes Gut, mit dem wir vor allem hier in Bayern schon seit Generationen verantwortungsvoll umgehen. Wo unvermeidbare Eingriffe notwendig sind, werden auch fast immer geeignete Maßnahmen ergriffen. Diese verlaufen dann schonend, und es wird versucht, Schäden zu verhindern. Dennoch gilt es, neben der Landwirtschaft natürlich vor allem die Menschen zu schützen, die in der Landschaft und in der Landwirtschaft arbeiten, unsere bayerischen Landwirte.

Die Deutsche Zentralgenossenschaftsbank – DZ – berichtet in einer aktuellen Studie, dass bis zum Jahr 2040 in Deutschland nur noch 100.000 Höfe übrig sein werden, dass also über 60 % der Betriebe aussterben werden. Die verbleibenden Betriebe werden aller Voraussicht nach managergeführt sein und reine Wirtschaftsbetrieblichkeit als Vorgabe haben. Meine Damen und Herren, das ist eine sehr düstere Prognose, der wir uns alle stellen müssen.

Unsere heimischen Bauern befinden sich nämlich aktuell in einem Sturm, der sich mit zerstörerischer Kraft um ihre Existenz dreht. In diesem Überlebenskampf versuchen sie dann noch mit Demonstrationen und verzweifelten Initiativen, sich Gehör zu verschaffen. Sie stoßen dabei auf taube Ohren der Regierung, der Altparteien und leider auch der Medien, meine Damen und Herren. Man denke nur an die Grünen Kreuze und die Bauernproteste mit den Schleppern.

Trotz intensivster Bemühungen der Bauern, wirtschaftlich überhaupt zu überleben, sind sie in einem Teufelskreis gefangen, der ihnen immer weniger Luft zum Atmen lässt. Unsere Landwirte werden gerade förmlich zwischen Afrikanischer Schweinepest, Vogelgrippe, finanziellen Zwängen, Umweltauflagen und einem Klimawahn zerrieben, der eben durch diesen politisch-medialen Komplex vorangetrieben wird. Das bestätigt eigentlich, was wir gerade gehört haben. Die Landwirtschaftsministerin redet hier davon, dass die Landesanstalt für Landwirtschaft nichts anderes mehr zu tun hat, als sich Gedanken darüber zu machen, wie sie eine Denkfabrik für Klimaschutz und CO₂-Einsparung wird. Die Ministerin sagt, für den heutigen Klimaschutz sei noch nie so viel Geld ausgegeben worden. Das ist leider sehr bezeichnend.

Die Bauern werden also selbst zu einem Kollateralschaden einer Politik, die mehr darauf bedacht ist, dem links-grünen Zeitgeist zu huldigen, als die Lebenswirklichkeit anzuerkennen. Ich frage Sie, Frau Kaniber, oder ist sie schon gar nicht mehr da? –Nein, sie ist bei ihrer eigenen Regierungserklärung schon hinausgelaufen; das ist natürlich bezeichnend.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, sie ist geradeaus links.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ach, sie ist doch noch da! Schön, dass Sie noch in der letzten Reihe, also noch da sind. Ich frage Sie trotzdem, Frau Kaniber, und unterbreche Sie gerne in Ihrem Zwiegespräch, weil ich ja auf Ihre Rede antworte: Was soll daran noch nachhaltig, smart und fair sein? Warum sagen Sie statt "smart" nicht einfach "schlau", und warum sagen Sie statt "fair" nicht einfach "gerecht"? In der deutschen Sprache heißt es so. Oder möchten Sie lieber eine englische Ministerin sein, Frau Kaniber, oder wollen Sie einfach nur zeigen, wie weit Sie sich von den Bauern hier in Bayern entfernt haben?

(Beifall bei der AfD)

Das einzig Nachhaltige daran ist, die bäuerlichen Strukturen zu zerstören und investitionsstarke Großbetriebe zu fördern. Was daran aber smart und fair – wenn Sie schon

solche Wörter nehmen – sein soll, überlasse ich dann gerne dem Urteil unserer verdienten Landwirte an der Wahlurne, meine Damen und Herren. Statt Ihrer Lippenbekenntnisse bräuchten wir erstens eine Wertschätzung für unsere Bauern und die Leistungen, die sie erbringen. Zweitens bräuchten wir Vertrauen in unsere Landwirte, die doch selbst die allerbeste fachliche Expertise haben, und weniger staatliche Lenkung. Drittens bräuchten wir ein Bekenntnis zur modernen und konventionellen Landbewirtschaftung; ohne sie wird es nicht gehen.

Wenn Sie, Frau Kaniber, die jetzt wieder nicht zuhört, sondern bei ihrer eigenen Regierungserklärung in ein Privatgespräch vertieft ist, sagen, der heutige Tag sei der Einstieg in den Ausstieg aus der Anbindehaltung, dann antworte ich Ihnen: Nein, der heutige Tag ist der Einstieg in den Ausstieg der kleinbäuerlichen Existenzzerstörung. Unsere Kulturlandschaft braucht den Landwirt ebenso, wie die Söder-CSU, die kaum noch vertreten ist, eine Rückbesinnung auf die Bedürfnisse ihrer Stammwählerschaft bräuchte. Denn merken Sie sich eines: Hat der kleine Bauer kein Geld, so hat's auch nicht die ganze Welt. Aber hat der kleine Bauer Geld, so hat's auch die ganze Welt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Dr. Leopold Herz für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein herzlicher Dank an die bayerischen Bäuerinnen und Bauern. Vielen ist nicht klar, dass es nicht selbstverständlich ist, dass wir täglich beste Nahrungsmittel auf den Tisch bringen. Dafür gebührt ihnen gerade in Zeiten, die für die Landwirtschaft nie einfach waren und es auch in Zukunft nicht werden, ein herzlicher Dank. – Lieber Kollege Ludwig Hartmann, deshalb ist es auch ein Unterschied, ob man Höfe besucht oder einen Hof selbst bewirtschaften darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zunächst einmal bei der Ministerin, beim Ministerium, allen im Umfeld und auch für die Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung in Zeiten, in denen sich Landwirtschaft wieder in einer Umwälzung befindet, bedanken. Die stetigen Bemühungen, die Landwirtschaft zu fördern und zu unterstützen, sind schon anzuerkennen. Ich möchte hier auch erwähnen, dass es auch Bundesländer gibt, die kein Landwirtschaftsministerium mehr haben. Daher ist es eine psychologisch wichtige Wertschätzung, der Landwirtschaft noch die Bedeutung zukommen lassen, die sie mit Sicherheit verdient. Denn es ist nicht selbstverständlich, tagtäglich beste Nahrungsmittel zu bekommen, ohne darüber überhaupt nachdenken zu müssen. Vielleicht ist das auch ein bisschen die Kehrseite eines gewissen Wohlstands, dass viele Dinge zur Selbstverständlichkeit geworden sind, die aber nicht selbstverständlich sind.

Die Verhandlungen in Brüssel sind nicht einfach. Frau Ministerin, Sie haben das erwähnt. Ich darf mich für den Einsatz bedanken. Es ist sicher nicht leicht, aus Bayern als einem von 16 Bundesländern Einfluss in einer aus meiner Sicht schon zu groß gewordenen EU zu nehmen. Das ist nicht einfach. Dennoch herzlichen Dank für die Chance, die kleineren Betriebe und die Förderung der ersten Hektare ein bisschen nach vorne zu bringen. Ich halte das auch für sinnvoll.

In diesem Zusammenhang muss ich auch erwähnen, dass es für uns momentan nicht dienlich ist, wenn bestimmte EU-Abgeordnete von eigenen Versäumnissen ablenken und die Probleme nach Bayern zurückschieben. Das haben wir erst unlängst erlebt. Sie sollten zuerst in Brüssel klären, was sie dort eigentlich wollen. Es ist immer noch nicht geklärt, wie viel Geld zur Verfügung steht. Es ist nicht abschließend geklärt, wie es nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aussieht. Diese Dinge sind in Brüssel zu klären. Wir in Bayern hätten die vielleicht schon lange geklärt, aber wir haben schon öfter gemerkt, dass die Mühlen in Brüssel etwas langsamer mahlen, als dies vielleicht angebracht wäre. Ich kann das natürlich nur unterstützen. Wenn ich mir meine Kollegen ansehe, dann glaube ich, dass wir natürlich alles daransetzen werden,

die Ausgleichszahlungen, die beispielsweise beim Kulturlandschaftsprogramm von Bayern schon in sehr guter und angemessener Weise getätigt werden, weiter zu erhalten. Wir müssen aufpassen, dass hier von Brüssel nicht so getan wird, als wäre ein Normalstandard erreicht, und wir für ökologische Leistungen keine Ausgleichszahlungen mehr bekommen. Das wird die Aufgabe zukünftiger Agrarprogramme sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will weitermachen. Frau Ministerin, Sie haben den Klimaschutz angesprochen. Klimaschutz ist natürlich ein sehr wichtiges Thema. Wir nehmen das sehr ernst. Ich persönlich lege hier Wert darauf, dass wir nicht immer Versuche unternehmen. Der Kollege Hartmann war hier einseitig für die ökologische Landwirtschaft. Wir stehen natürlich zu der Aussage und zu dem Beschluss, dass wir 2030 etwa 30 % ökologische Landwirtschaft wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, behalten wir aber bitte schön so viel Fairness und stellen wir nicht die anderen, jetzt noch konventionell wirtschaftenden Landwirte in eine Ecke, in die sie nicht gehören. Auch diese Landwirte arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen. Sie sind hoch ausgebildet. Ich halte es nicht für tragbar, dass wir weiterhin versuchen, die Landwirtschaft in eine Zweiklassengesellschaft zu teilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Landwirte haben das nicht verdient. Wir müssen auf dem Weg hin zu mehr Ökologie so vorgehen, dass wir das mit Überzeugung und nicht mit Verordnungen schaffen. Das übrige Europa schaut nach Deutschland und merkt sehr gut, dass wir gerade dabei sind, wesentliche Märkte aufzugeben.

Liebe Kolleginnen von den GRÜNEN, wir müssen da aufpassen, was dienlich ist. Wir haben gestern über Kükentöten gesprochen. Ich fordere dann die Kunden, die nach nachhaltigen biologischen Nahrungsmitteln fragen, dazu auf, beispielsweise Bruderhähne in ihr Mittagmahl aufzunehmen. Das wäre mal eine Aktion. Ich glaube, jeder

von Ihnen kennt diese Diskussion. Die Verarbeiter wissen jetzt schon, dass diese Produkte nach momentanem Kenntnis- und Vermarktungsstand auf dem Markt nicht nachgefragt werden. Man kann das gerne fordern, die Küken werden dann aber in anderen Ländern produziert und dann wieder nach Deutschland eingeführt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will weitergehen. Neulich wurde die Sache mit den Kastenständen beantwortet. Das mag eine gut gemeinte Aktion sein, die wir in einem sinnvollen Maß vielleicht mit Übergangsfristen unterstützen könnten. Die Folge ist aber, dass wir in Bayern und Deutschland seit Jahren Schweinehalter, Schweinemäster und natürlich Ferkelerzeuger verlieren, weil wir hier Vorschriften aufbauen, die nicht in ganz Europa gelten. Europa lacht und sagt, die Deutschen machen sich selber fertig; wir übernehmen die Märkte und liefern dann die Ferkel und womöglich das Schweinefleisch und andere Produkte nach Deutschland. – Das ist keine nachhaltige Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich könnte ein weiteres Beispiel, das ich Ihnen schon gesagt habe, anführen. Das ist in diesem Zusammenhang auch sehr wichtig: Biologische Landwirtschaft – ja, vernünftige Haltungssysteme – ebenfalls ja! Aber bitte nicht – wie im Jahre 2012 – in Bayern und Deutschland die Käfighaltung von Hühnern verbieten, während sich der größte Käfighalter Europas in Lettland befindet, 3,5 Millionen Legehühner in Batterien hält und zu 90 % den deutschen Markt beliefert! Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann keine zukunftsfähige Politik sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte jetzt noch einige Sätze zum Tierschutz sagen. Frau Ministerin, Sie haben ein richtiges Signal gegeben. Ich glaube, wir sind uns beim Thema Tierschutz einig:

Ganzjährige Haltung von Kühen und Rindviechern im Anbindestall ist zunehmend nicht mehr akzeptabel.

Vielleicht war es ein Versprecher. Sie haben von 14.000 bayerischen Betrieben gesprochen, die noch Anbindehaltung betreiben. – Diese machen das aber größtenteils mit Weidegang. Ich glaube, dieser Zungenschlag sollte nicht draußen dringen. Wenn das hier der Anlass war, um zur Anbindehaltung Nein zu sagen, dann sage ich dazu ganz bewusst: Das betrifft ganzjährige Anbindehaltung. Ich sage aber: Wenn wir Anbindehaltung mit Weidegang infrage stellen, dann werden wir diese 14.000 Betriebe nicht halten können; denn dann sagt die Mehrzahl: Ich höre auf.

Liebe Kollegen der GRÜNEN, der SPD und der sonstigen Parteien, die das unterstützen: Das können wir nicht wollen. Wir können gerade im Alpenraum, aber auch in anderen Gegenden – im Bayerischen Wald und in Oberfranken –, wo Landwirtschaft und Tourismus ein Zusammenspiel geprägt haben, das existenzsichernd ist, nicht wollen, dass diese Betriebe Ade und Auf Wiederschaun sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir müssen hier Vernunft walten lassen und sagen: Anbindehaltung mit Weidegang muss weiterhin ein zukunftsfähiges Modell sein. Dabei bleibe ich bei aller Diskussion und bei aller Euphorie. Wir dürfen den Bauern nichts unterstellen. Ich habe das selber jahrelang gemacht: Ich musste nie eine Kuh in den Stall hineinprügeln; die sind freiwillig gegangen.

Ich sehe, die Zeit ist schon zu Ende. Deshalb, Frau Ministerin, noch einen Satz: Es ist sehr wichtig, feuchte, nasse Wiesen trockenzulegen. Als ich aufgewachsen bin, haben wir fast täglich die Möglichkeit dazu geschaffen. Das war in den 1960er-Jahren vielleicht übertrieben. Wir haben das ehrenamtlich gemacht. Jeden Tag hieß es nach der Schule: Hier ist ein Lastwagen mit Material zum Legen von Drainageleitungen.

Wenn wir das jetzt aber in die umgekehrte Richtung machen wollen, dann dürfen wir das nur im Einklang mit den Bäuerinnen und Bauern und den Eigentümern tun; denn sonst werden wir auf Granit beißen. Wir müssen der Gesellschaft auch erklären, dass wir die beteiligten Partner mitnehmen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Herz für seine Ausführungen. – Jetzt darf ich Frau Kollegin Fehlner von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin. Ich glaube, Sie haben mit Frau Müller in der Reihenfolge getauscht.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Staatsministerin Kaniber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Klimawandel, der stetige Verlust von Ackerflächen, das zunehmende Artensterben, der fehlende Nachwuchs, die globalen Krisen, der finanzielle Druck des Markts, die hohen Pachtpreise und die schwierigen Arbeitsbedingungen stellen unsere heimische Landwirtschaft vor große Herausforderungen – und das mit dramatischen Folgen.

Die Frage ist: Wie sieht die Landwirtschaft der Zukunft aus – eine Landwirtschaft, die unsere Ressourcen schont, uns mit guten, gesunden Lebensmitteln versorgt, unseren Bäuerinnen und Bauern eine nachhaltige, ökologische und wirtschaftliche Perspektive bietet und für ein gerechtes Einkommen sorgt?

(Beifall bei der SPD)

Keine Frage: Die Landwirtschaft ist im Umbruch. Das traditionelle Berufsbild verändert sich rasant. Viele Landwirte denken um, ja, müssen umdenken. Die Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Systemwechsel in der Landwirtschaft gelingen kann.

Klar ist: Landwirtschaft und Umweltschutz müssen noch viel stärker Hand in Hand gehen. Die globale Corona-Pandemie hat uns noch einmal überdeutlich gemacht, wie

wichtig eine nachhaltige, faire Landwirtschaft ist. Erkennbar wurde auch: Es gibt eine immer größere Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln und eine höhere Wertschätzung für unsere heimische Landwirtschaft. Das ist erfreulich; hoffentlich hält der Trend weiter an.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen daher eine landwirtschaftliche Struktur, die die kleinen und mittelständischen Familienhöfe stärkt und erhält, die gute Arbeitsbedingungen schafft und die für faire, gerechte Lebensmittelpreise sorgt. Das muss uns allen wichtig sein.

Viele Landwirte haben allerdings die Sorge, dass sie zwischen Preiskampf und Ökomaßnahmen nicht mehr bestehen können. Wir müssen diese Sorge ernst nehmen. Von den aktuell noch über 100.000 Bauernhöfen in Bayern geben immer mehr ihren Betrieb auf.

In der jetzt veröffentlichten Studie der TU München zur Lebens- und Arbeitssituation der Bäuerinnen sagen 16 % der 2.300 befragten Frauen, dass sie sich von der Gesellschaft viel zu wenig anerkannt und zu wenig wertgeschätzt fühlten. 27 % geben an, dass sie noch nie im Urlaub waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere bäuerlichen Familienbetriebe leisten in den Ställen und auf den Feldern jeden Tag eine für uns unverzichtbare, wichtige und wertvolle Arbeit. Sie sind es, die uns mit den notwendigen Nahrungsmitteln versorgen. Dafür danke ich auch im Namen meiner Fraktion all unseren Bäuerinnen und Bauern ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Ein wichtiger und richtiger Schritt für die Landwirtschaft ist die Reform der Zwei-Säulen-Struktur der GAP, der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Rund 6,2 Milliarden Euro Fördergelder fließen jährlich nach Deutschland. Der größte Teil davon, 4,9 Milliarden Euro, wird nach Größe der Fläche als Direktzahlung ausgeschüttet. Dass jetzt ab der

neuen Förderperiode im Jahr 2023 25 % der Direktzahlungen an konkrete Ökoleistungen für Umwelt- und Klimaschutz gekoppelt sind, ist ausdrücklich zu begrüßen. Von den Direktzahlungen, die sich nur nach der Fläche bemessen, profitieren allerdings vor allem die großen Agrarunternehmen; die kleineren Höfe haben das Nachsehen. Das kann nicht der richtige Weg sein. Wir brauchen hier dringend ein Umdenken.

Nicht zuletzt benötigen wir auch eine bessere Regelung für den Zugang zu Boden. Die Zahlen hierzu sind alarmierend. Täglich werden 120 Hektar landwirtschaftlicher Boden in Bayern versiegelt, der damit unwiederbringlich verloren geht.

Es zeigt sich: Unsere Bäuerinnen und Bauern sind nicht nur die Erzeuger unserer Nahrungsmittel, sie werden zukünftig auch Ökosystemdienstleister sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die gesellschaftlich geforderten Umweltleistungen müssen allerdings auch einkommenswirksam sein. Immer mehr Menschen fordern höhere Tierschutzstandards, das heißt: weniger Anbindehaltung für Kühe, mehr Weidehaltung, Schweine, die auf Stroh liegen, sowie mehr Platz für Hühner, Puten und Enten. Frau Staatsministerin, wir begrüßen, dass jetzt der Einstieg in den Ausstieg kommen soll.

Sicherlich herrscht auch bei uns im Hohen Hause breiter politischer Konsens, dass Tierwohl nicht zum Nulltarif zu haben ist. Die Borchert-Kommission hat in ihrer aktuellen Machbarkeitsstudie verschiedene Varianten zur Finanzierung von mehr Tierwohl vorgestellt. Jetzt müssen Taten folgen.

Der Umbau der Ställe gelingt nicht von heute auf morgen, sondern dauert viele Jahre und erfordert beträchtliche Investitionen. Der Grundsatz sollte sein, die Ställe den Tieren und nicht die Tiere den Ställen anzupassen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür brauchen die Landwirte langfristige, finanzielle Unterstützung. Nicht zuletzt brauchen wir – das fordern wir schon seit Langem – ein verpflichtendes staatliches Tierwohllabel. Freiwilligkeit genügt nicht, sie bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Zu mehr Tierwohl gehören auch kleinere dezentrale Schlachthöfe, und zwar in allen Regionen Bayerns. Fakt ist, in Bayern dominieren wenige Großschlachtereien den Markt. Fünf große Betriebe schlachten mehr als 70 % der Tiere. Außerdem muss die Praxis der Tiertransporte in Drittstaaten beendet werden, und zwar mit bundeseinheitlich rechtskonformen Regelungen, sprich mit der schon längst überfälligen Überarbeitung der EU-Tiertransportverordnung.

Zu einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Landwirtschaft, die das Wohl der Tiere ebenso wie jenes einer gesunden und intakten Umwelt im Blick hat, gehören der Zugang zu Wasser und die Sicherung einer hohen Wasserqualität. All das bedarf klarer Regelungen. Auf diese Themen wird meine Kollegin Ruth Müller in ihrem Redebeitrag noch ausführlich eingehen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist schön, dass in diesem Sommer ein Urlaub auf dem Bauernhof wieder möglich sein wird. Zum einen sind die daraus erzielten Einkünfte für unsere Bäuerinnen und Bauern ein wichtiges finanzielles Standbein, und zum anderen erleben und erfahren Besucher hautnah, welche unschätzbare Arbeit in den Ställen und auf den Feldern unseres schönen Landes geleistet wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Abgeordneten Fehlner und darf als nächsten Redner Herrn Christoph Skutella für die FDP-Fraktion aufrufen. Herr Skutella, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben die Veränderungen in der Gesellschaft sowie die gesellschaftlichen Ansprüche im Bereich des Tierwohls, des Verbraucherschutzes und der Ernährungsgewohnheiten angesprochen. Ich bin froh, dass Sie das thematisiert haben. Ich bitte Sie um Tatkraft und vor allem Konstanz bei der Umsetzung; denn Nachhaltigkeit heißt – Sie sprechen in Ihrer Regierungserklärung von nachhaltig, smart und fair –: in Generationen denken und auch langfristig planen.

Beim Thema Nachhaltigkeit sollten wir aus diesem Grund vor allem auch an die Investitionen denken, die unsere Landwirte tätigen. Wir erwarten viel von den Landwirten. Sie sollen in moderne und umweltschonende, aber eben auch sehr teure Technik investieren. Landwirte sollen Betriebe modernisieren und in das Tierwohl investieren. Als Dank dafür ändern wir, gefühlt alle zwei Jahre, Gesetze, die ihre praktische Arbeit maßgeblich mitgestalten.

Wir Politiker stehen in der Verantwortung, den gesetzlichen Rahmen so abzustecken, dass den Betrieben Rechts- und Planungssicherheit gewährleistet ist. Dazu gehört an erster Stelle, dass wir beim Thema Tiertransporte, bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und bei der Messung der Gewässerbelastung EU-weit einheitliche Regelungen schaffen. Wenn wir keine einheitlichen Bedingungen in Europa schaffen, ist das für unsere landwirtschaftlichen Betriebe und für die Umwelt alles andere als "smart" und "fair".

(Beifall bei der FDP)

Ich nenne als Beispiel die Düngeverordnung. Was ist da alles von Anfang an schiefgelaufen? – Die EU-Nitratrichtlinie enthält zwar bestimmte allgemeine Überwachungs Vorschriften, aber die Verantwortung für die Festlegung des Überwachungsprogramms und der Messstrategie, also genau dessen, was wir einheitlich regeln müssten – die Standorte der Messstellen, die Messstellendichte, die Probennahmen –, liegt in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten. Das führt zum Ergebnis, dass die Über-

wachungsintensität, sprich die Überwachungsnetzdicke und die Probenahmehäufigkeit zwischen den Mitgliedstaaten stark schwankt. Auch die EU-Kommission verweist in ihren Berichten darauf, dass die Mitgliedstaaten bei der Gewässerüberwachung uneinheitlich vorgehen. Sie verweist auch darauf, dass die Messwerte umso höher sind, je flacher die Entnahmetiefe war.

Das lässt darauf schließen, dass die Länder auch in diesem Punkt unterschiedlich vorgegangen sind. Deutschland hat den Messweltmeister gespielt und die Daten im Gegensatz zu anderen EU-Ländern oberflächennah und an Extrempunkten ermittelt und stand dann leider ganz oben in den Top 10. So wird man dann kurz vor Malta zum Nitratweltmeister. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte doch klar sein müssen, dass das nicht fair sein kann. Das ist nur ein Beispiel, das bei den Landwirten zu Frust und Verunsicherung führt.

In Brüssel laufen derzeit noch die Triolog-Verhandlungen, die bis Ende Juni abgeschlossen werden sollen. Ziel der GAP ist es erstens, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Agrarsektors zu gewährleisten und dies dann zweitens mit den ehrgeizigen Klimazielen des Green Deal unter einen Hut zu bringen. Da wird viel verhandelt, wie viel genau von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet wird, wie viele Gelder in freiwillige Ökoleistungen fließen, was überhaupt Öko ist und wie viel Freiheit wem zugestanden wird. Da wird um Definitionen und Prozentpunkte gefeilscht – so lange, bis man das eigentliche Ziel aus den Augen verloren hat.

Wir sollten uns auf europäischer Ebene vielleicht mehr darum kümmern, dass wir Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb auf Augenhöhe im Landwirtschaftssektor der EU schaffen. Unsere Landwirte wollen nämlich keine Zuwendungen, sondern verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen zur Ausrichtung ihrer Betriebe. Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union muss ihrem Namen wieder gerecht werden. Den berechtigten Bedenken der Landwirte muss die EU-Agrarpolitik mit gleichen Regeln für alle begegnen. Sie muss das im Detail da machen, wo es sinnvoll ist, Regelungen auch auf die nationale und regionale Ebene herunterzubrechen, zum Bei-

spiel bei den Eco-Schemes, den Ökoregelungen, den neuen einjährigen Agrarumweltmaßnahmen in der ersten Säule.

Wir Freie Demokraten haben uns von Anfang an für die Einführung der freiwilligen Umweltleistungen ausgesprochen. Wir haben auch von Beginn an darauf hingewiesen, dass diese nicht mit unseren bestehenden Agrarumweltmaßnahmen kollidieren dürfen. Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung mit den Vorschlägen zur Umsetzung der GAP ab 2023 und im Speziellen die Ideen von Bundesumweltministerin Schulze, das Grünland in den Maßnahmenkatalog für die Ökoregelung in der ersten Säule aufzunehmen, machen uns große Sorge. Maßnahmen wie die Extensivierung der Grünlandbewirtschaftung sind bereits bestehende und vor allem auch erfolgreiche Maßnahmen in unserem Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm. Hier müssen die Bundesländer, in denen die Landwirtschaft ähnlich klein strukturiert ist wie in Bayern, zusammenarbeiten und auf Bundesebene alternative Maßnahmen zur Aufnahme in die Ökoregelungen durchsetzen, um die Agrarumweltprogramme der Länder nicht zu gefährden.

"Smart und fair" heißt für uns auch, dass wir die Verantwortung nicht nur bei den Landwirten abladen. Ohne den Anteil der Landwirtschaft an der Nitratbelastung der Gewässer herunterspielen zu wollen, muss man feststellen: Wie groß der Anteil der kommunalen Abwässer an der Eutrophierung der EU-Binnengewässer tatsächlich ist, weiß man nicht ganz genau. Aus der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion zu Phosphoreinträgen in Bayern geht hervor: Im Mittel stellt in Bayern der Phosphoreintrag über Erosion den größten Eintragspfad dar, gefolgt von den kommunalen Kläranlagen, dem Oberflächenabfluss, den urbanen Flächen sowie dem Eintrag über das Grundwasser. Auch eine Studie der TU München aus dem Jahr 2017, die im Auftrag des Landesamts für Umwelt durchgeführt wurde, kommt zu folgendem Ergebnis: In Bayern ist das Reduktionspotenzial der Gesamtphosphoremissionen bei den Kläranlagen der GK 2 bis 5 am größten. Würde bei jeder bestehenden Kläranlage dieser Größenklassen eine Umrüstung auf eine weitestgehende Phosphorelimination vorge-

nommen, wäre rechnerisch eine maximale Reduktion der Gesamtphosphorfracht aus Kläranlagen in einer Größenordnung von 30 bis 55 % vorstellbar.

Zur nachhaltigen Wasserbewirtschaftung gehört nicht nur der Gewässerschutz, sondern auch das Thema Bewässerung. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind, wie ich gerade ausgeführt habe und wie oft falsch dargestellt wird, nicht nur Wasserverschmutzer, sondern auch Wassernutzer. Das wird zukünftig noch zunehmen. Der aufgrund des Klimawandels steigende Wasserbedarf ist für die bewässerungsbedürftigen Kulturen ein essenzieller wirtschaftlicher Faktor und steht zugleich einem teils erheblich zurückgehenden Wasserangebot gegenüber.

Weltweit ist die Landwirtschaft mit 69 % der größte Wasserverbraucher. In Bayern wird aktuell lediglich 1 % der Wassernutzung für die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei benötigt. Wasser wird in der bayerischen Landwirtschaft hauptsächlich zur Bewässerung von Kartoffeln, Gemüse, Hackfrüchten, Obst und Hopfen genutzt. Laut Experten der Landesanstalt für Landwirtschaft werden aber die Flächen zunehmen, die bewässert werden müssen. Auch hier müssen wir zukünftig mehr in moderne Technik investieren und damit arbeiten. Viele Bewässerungssysteme, zum Beispiel im klein strukturierten Weinbau in Franken, sind veraltet und müssen modernisiert werden.

Die Bewässerungstechnik muss effizienter, zielorientierter und ressourcenschonender werden. Daher begrüßen wir das 2020 aufgelegte Pilotprogramm zur Förderung von Investitionen in Bewässerungsinfrastrukturen und das 2019 gegründete "Bewässerungsforum Bayern" der Arbeitsgemeinschaft Landtechnik und Landwirtschaftliches Bauwesen in Bayern, das alle Akteure aus Forschung, Beratung, Bildung und staatlicher Verwaltung, aus Umwelt, Wasserwirtschaft, Gewerbe und landwirtschaftlicher Praxis vernetzt. Hier wird gemeinsam an der Optimierung der Bewässerung in der Landwirtschaft gearbeitet.

Neben dem großen Bereich Wasser ist die zunehmende Flächenkonkurrenz ein Thema auch aller meiner Vorredner heute gewesen. Liebe Kollegen der GRÜNEN, Sie

reden immer nur von mehr Ökolandbau, wollen aber gleichzeitig den Flächenverbrauch reduzieren. Diese Rechnung geht leider nicht auf. Fakt ist, dass der Flächenverbrauch je Ertragsmenge in der biologischen Landwirtschaft im Schnitt um circa 25 % höher ist als in der konventionellen Landwirtschaft.

(Zuruf)

Beim Getreide ernteten Biobetriebe im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2019 rund 48 % der Erntemengen der konventionellen Betriebe.

(Zuruf)

Das heißt, wir brauchen das Doppelte an Fläche im Ökolandbau, um denselben Ertrag zu erwirtschaften.

Auch bezüglich der Klimaschutzleistungen gewinnt der Ökolandbau nicht unbedingt. Bei der Stickstoffeffizienz liegt der Ökolandbau zwar leicht vorn, die Gesamtemissionen pro Kilogramm Milch aus ökologischer und konventioneller Milchproduktion werden von Experten aber als vergleichbar eingestuft. Es geht mir gar nicht um das ewige Thema "Öko gegen konventionell" und das Gegeneinander-Ausspielen. Ich kann mich da nur dem Kollegen Herz anschließen. Das Spalten der Branche ist jedenfalls auch nicht "smart und fair".

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen alle nachhaltiger wirtschaften. Wir müssen den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln reduzieren, aber nicht durch unsinnige Verbote, sondern mit Vernunft und mehr Offenheit gegenüber modernen Technologien. Wir müssen progressiver denken und dann vor allem auch so handeln. Zahlreiche Wissenschaftler aus dem konventionellen, aber auch aus dem ökologischen Bereich fordern bei der Gentechnik ein Umdenken. Urs Niggli, ehemaliger Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau, hat in der "ZEIT" im Januar 2021 gesagt: Wir können die Welt 2050 nicht mit 100 % Bio ernähren. Die Erde wird dann zwei Milliarden Menschen

mehr beherbergen, und Bio braucht mehr Land. Also müssten wir Moore entwässern und Grasland pflügen, und das kann nicht unser Ziel sein. – Moderne Züchtungsmethoden bieten hier doch die Chance, mehr Ertrag auf der vorhandenen Fläche zu erwirtschaften und weniger chemischen Pflanzenschutz einzusetzen.

Wir brauchen eine grundlegende Überarbeitung des Gentechnikrechts auf europäischer und Bundesebene. Mit unserem Antrag "Gentechnikrecht an das 21. Jahrhundert anpassen" haben wir genau das gefordert. Das Gerichtsurteil des EuGH am 25. Juli 2018 schob der flächendeckenden Verbreitung des Genom-Editing einen Riegel vor. Es stufte sämtliche Mutagenese-Verfahren an Pflanzen als Gentechnik ein und bewertete somit neue Züchtungsmethoden als gleichrangig mit der "Grünen Gentechnik" und konventionellen Methoden wie der chemischen oder radioaktiven Behandlung; dabei wurde Letztere von den damit einhergehenden strengen Regulierungen des europäischen Gentechnikrechts aufgrund ihrer langen Anwendung in der Landwirtschaft ausgenommen.

Aber diese Ungleichbehandlung macht auch laut einer Mehrheit der Experten keinerlei Sinn, da sich die Ergebnisse der vom Genom editierten Pflanzen nicht von konventionellen Züchtungen unterscheiden lassen: Da von konventionellen Züchtungen keine Gefahr für Mensch und Natur ausgehe, müsse dieser Standard auch beim Genom-Editing angewandt werden mit der Folge einer flächendeckenden Anwendung und Deregulierung entsprechender Züchtungen.

Die aktuelle Studie der EU-Kommission bestätigt, dass die aktuellen EU-Gentechnikgesetze aus dem Jahr 2001 ungeeignet sind für die neuen biotechnologischen Züchtungsmethoden und dass die Gesetzgebung an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt der letzten Jahre angepasst werden muss. Diese Anpassungen und Herausforderungen werden uns alle noch begleiten.

Ich bedanke mich bei den Landwirtinnen und Landwirten in Bayern, dass sie uns, auch besonders in der Pandemie, so hervorragend versorgt haben und unsere Land-

schaft pflegen. Ich bedanke mich ebenso beim Landwirtschaftsministerium und bei den Ämtern in der Fläche; das muss an der Stelle auch einmal gesagt werden. Es ist unglaublich toll zu sehen, dass trotz der vielen Probleme und Herausforderungen gemeinsam angepackt wird – jeder Redner hat das heute angesprochen – und dass es junge, motivierte Landwirtinnen und Landwirte gibt, die in Bayern auch in Zukunft eine Landwirtschaft betreiben wollen. Zu den Herausforderungen der Zukunft gehört nicht nur der Klimawandel, sondern da gibt es viele andere Themen, wie die von mir angesprochenen Punkte auf der europäischen Ebene. Ich hoffe, dass wir miteinander all diesen Herausforderungen konstruktiv begegnen können.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Skutella. – Ich darf als nächste Rednerin die Frau Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Ministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Nachhaltig, smart und fair" sind die trefflichen Schlagworte, um die aktuellen Herausforderungen für die bayerische Landwirtschaft, für unsere heimischen Wälder sowie den Natur- und Artenschutz anzugehen. Denn unsere Landwirtschaft steht angesichts der Globalisierung vor großen strukturellen Umbrüchen mit vielen Spannungsfeldern. Es gibt das Spannungsfeld, gute ökologische Lebensmittel zu vernünftigen und gerechten Preisen zu produzieren; es gibt das Spannungsfeld Natur- und Artenschutz und Erhalt der Biodiversität gegenüber der Durchführbarkeit der Landwirtschaft; es gibt das Spannungsfeld, Wald- und Forstwirtschaft angesichts des Klimawandels und der Bedrohung durch invasive Arten zu betreiben. Ich glaube, dass dieses ineinander verwobene Bündel von Herausforderungen und Handlungsfeldern nicht nur uns Politiker, sondern in erster Linie die Landwirte, die Bäuerinnen und Bauern, Tierhalter, Lebensmittelerzeuger, aber auch Forstleute und Waldbesitzer vor Ort betrifft. Die genannten Personengruppen leisten trotz dieser widrigen Umstände

einen herausragenden Job. Ihnen gilt an dieser Stelle Dank zu sagen. Wir reden hier, sie haben schon längst gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Werter Herr Hartmann, natürlich besuchen Sie Betriebe, auch in meinem Stimmkreis. Die Rückmeldung, die bei mir angekommen ist, war: Weißt du, die Schulze/Hartmann-Truppe hat noch ziemlich viel zu lernen. – Nehmen Sie es als Fortbildungsmaßnahme! Ich glaube, die Landwirte können Ihnen auch viel sagen.

(Beifall bei der CSU)

Sie präsentieren hier ganz groß die Weidetierprämie und sonst was. Es wäre mal ganz interessant, dass Sie uns auch erzählen oder dass uns die Ministerin erzählt, wie Sie vonseiten der GRÜNEN in den Agrarministerkonferenzen sinnvolle Maßnahmen verzögern, verschleppen bzw. gar nicht durchführen wollen. Auch das ist Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe Ihnen recht, Frau Fehlner, unsere Bauern haben Wertschätzung und Wertschöpfung verdient. Ich meine, die Ministerin hat das in ihrer Rede auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Wenn es eine Ministerin gibt, die den Landwirten mit Wertschätzung gegenübertritt, dann ist es unsere Ministerin Michaela Kaniber. Ich meine, das ist auch ein Zeichen ihres Erfolges.

(Beifall bei der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung hat die Probleme nicht erst seit heute erkannt, sondern bereits in den vergangenen Jahren die Weichen in die richtige Richtung gestellt, wie wir gerade in der Regierungserklärung gehört haben. Mit zusätzlichen Finanzmitteln, kompetenter Fachberatung und innovativen Maßnahmen werden wir die bayerische Land- und Forstwirtschaft in die Zukunft führen.

Ich darf ein paar Punkte benennen, die Teil der Lösung der Herausforderungen sind. Hightech made in Bavaria und die immer weiter voranschreitende Digitalisierung sind ein wichtiger Teil der Lösung für die großen Herausforderungen in der Landwirtschaft: Roboter fahren über die Felder und übernehmen Arbeitsgänge im Pflanzenbau, Satelliten liefern Informationen zur Optimierung der Düngung, ferngesteuerte Drohnen scannen vor den Mäharbeiten ein Getreidefeld nach versteckten Tieren, und das Smartphone des Landwirts schlägt Alarm, wenn die Kuh kalbt. – Vieles davon klingt manch einem wie Zukunftsmusik; einiges ist in der Landwirtschaft aber bereits Wirklichkeit und Alltag. Die Digitalisierung macht es möglich. Vor allem dort, wo Digitalisierung Hand in Hand mit Umweltschutz und Tierwohl geht, setzt die bayerische Politik den Hebel an.

Ein wesentlicher Bestandteil der bayerischen Strategie sind Forschung und Bereitstellung von Wissen, Informationen und Daten durch die Behörden des Freistaats. Ich darf hier ein paar Punkte nennen: Experimentierfeld DigiMilch der LfL in Grub, wo bei der Prozesskette Milch viele Faktoren überwacht werden; am LfL-Standort Ruhstorf wird eine Farm der Zukunft aufgebaut, die sich mit der Akzeptanz digitaler Technologien in Landwirtschaft und Gesellschaft beschäftigt; Sensorik in der Nutztierhaltung, Ag-robotik, Erprobung und Bewertung von Satellitendaten, Sensorik zu teilflächenspezifischen Düngungen.

Und auch wenn der Kollege von der AfD immer meint, wir müssten alles auf Deutsch ausdrücken: Wir sind längst global. Indem wir uns global aufstellen, indem wir uns auch zukunftsweisend mit solchen Dingen befassen, nehmen wir teil und sind gleichberechtigte Partner in der Welt.

Wir haben ein Kompetenznetzwerk Digitale Landwirtschaft zur Stärkung des Agrarstandortes Bayern. Bayern nimmt mit 60 % Nebenerwerbslandwirten eine ganz hervorragende Rolle in Deutschland ein. Unsere Ministerin vergisst in allen Verhandlungen nie zu betonen, dass es sich dabei um eine besondere Form handelt. Bei der Dorferneuerung werden wir darauf noch zu sprechen kommen.

Wir vernetzen Landwirtschaft, Wirtschaft und Verbände. Wir versuchen, schneller angepasste Lösungen für Forschung und Produktentwicklung zu finden.

Die Ministerin hat das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft Digital genannt. Fördergegenstände sind Agrarsoftware, Düngesensoren, digitale Hack- und Pflanzenschutztechnologien zur Pflanzenschutzmittelreduktion und, und, und. Ich glaube, dass wir digital viele Antworten liefern können.

Wir haben aber auch – und da darf ich, werter Herr Skutella, Sie zitieren – Tatkraft und Konstanz, gerade wenn es um die Dorferneuerung geht. Die Landwirtschaft zu stärken und fit für die Zukunft zu machen heißt auch, den ländlichen Lebensraum der Menschen zu stärken. Angesichts großer Herausforderungen wie dem Strukturwandel, der nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Handel und Gewerbe stattfindet, sowie des demografischen Wandels brauchen auch ländliche Gemeinden, kleine Dörfer und die dort lebenden Menschen unsere besondere Unterstützung.

Ein zentrales Instrument zur Förderung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum ist unser Dorferneuerungsprogramm. Ziel der bayerischen Dorferneuerung ist nicht nur, die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse sowie die Standortfaktoren im ländlichen Raum zu verbessern, sondern auch die Bindung an die Heimat zu stärken. Was wollen wir mit dieser Dorferneuerung? – Dafür gibt es, wann immer Sie durch Bayern fahren, hervorragende Beispiele. Viele Dörfer haben ihren eigenständigen Charakter erhalten und können ihn weiterentwickeln. Wir verbessern die Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Umweltverhältnisse auf dem Land. Gerade in der Corona-Pandemie war das ein besonderer Faktor, der wertgeschätzt worden ist.

Wir versuchen, bessere örtliche Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu schaffen und die ökonomischen, ökologischen und sozialen, aber auch kulturellen Potenziale zu stärken. Wir entwickeln die Innenortsentwicklung weiter, und wir gehen sparsam, aber vernünftig mit Grund und Boden um. Und was ganz wichtig ist: Wir erhalten unsere Kulturlandschaft.

Beiträge zum Klimaschutz, zur Energiewende, zur Nahversorgung, zur Mobilität und zur Barrierefreiheit werden hier erarbeitet. Das Besondere ist – das denken wir uns nicht in irgendeinem Zimmer oder an irgendeinem Tisch aus –: Wir machen es intensiv mit den Bürgern und ihrem bürgerschaftlichen Engagement. Ich glaube, jeder hier im Haus kennt ein hervorragendes Beispiel bei sich vor Ort. Durch diese Bürgermitwirkung mit ihrem breiten Themenspektrum, das wir abdecken, hat die Dorferneuerung große Akzeptanz in der Bevölkerung. Ich meine, dass dieses Programm wie kaum ein anderes nachgefragt wird, und belege dies auch.

Werte Frau Ministerin, Sie packen auch Geld hinein: Für die Dorferneuerung werden die Fördermittel um 40 Millionen Euro aufgestockt. Dieses Instrument ist jetzt noch wirkungsvoller als je zuvor.

Kommen wir zu dem, was uns hier schon öfter beschäftigt hat und auch mir ein Herzensanliegen ist: unserem Wald. Ähnlich wie die Landwirtschaft stehen auch unsere heimischen Wälder und damit die Forstwirtschaft vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels werden mehr und mehr spürbar. Unseren Wäldern drohen durch Stürme, Trockenheit und Schneebruch, aber auch durch Schädlingsbefall Gefahren.

Wir dürfen nicht vergessen: 2,5 Millionen Hektar der Fläche Bayerns sind von Wald bedeckt; das ist ein Drittel unserer Landesfläche. Wir sind das größte Waldland der Bundesrepublik Deutschland. Wir nehmen in allen Programmen eine Vorreiterrolle ein.

Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Wir werden nicht nachlassen, unsere Wälder zu erhalten und sie unseren Kindern und Enkelkindern zukunftsfähig zu übergeben. Die Bayerische Staatsregierung hat das schon frühzeitig erkannt und hat die Waldbauoffensive 2030 ins Leben gerufen. Damit unterstützen wir unsere bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer bei der Zukunftsaufgabe Waldumbau.

Es ist immer wieder wunderbar zu sehen, was da im Kleinen wie im Großen an innovativen Ideen vorhanden ist: Welche Baumarten sind zukunftsweisend? Wie kann man

neue Waldbewirtschaftungsformen finden? Wie kann man bei allen Herausforderungen unsere Waldbesitzerinnen und Waldbauern unterstützen? – Mein Vorredner, Kollege Martin Schöffel, hat es schon gesagt: Durch das Forstschäden-Ausgleichsgesetz haben wir wieder einen wichtigen Akzent gesetzt. Wer hat das erreicht und sich eingesetzt? – Unsere Ministerin. Unsere Ministerin ist in Berlin eine Bank, auf die wir setzen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir versuchen weiterhin, einen Mittelweg zwischen Naturschutz, Klimaschutz und regionaler Wirtschaft zu finden. Wir setzen aber auch ökologische Trittsteine wie die Auwälder und darauf, dass mit Holz aus bayerischen Wäldern klimafreundlich und nachhaltig Wohnraum geschaffen werden kann. Ich habe es hier an dieser Stelle schon einmal gesagt: Wer sehen will, was mit heimischem Holz gebaut werden kann, kann heute Abend auf der Fahrt nach Hause bei der Ausfahrt in Lenting das Dienstleistungsgebäude des Landkreises Eichstätt besichtigen. Hybridbauweise! Es gibt kein Entweder-oder, es gibt ein Sowohl-als-auch. Wir brauchen sowohl Ziegel und Beton als auch Holz. Wir müssen es miteinander vereinbaren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben aber auch immer die hohe Naturschutzqualität der bayerischen Wälder im Blick. Zum einen haben wir im vergangenen Jahr 58.000 Hektar staatlichen Wald dauerhaft unter Schutz gestellt. Zum anderen haben wir große Au- und Buchenmischwälder an der Donau, an der Isar, in Würzburg, im Steigerwald, aber auch bei Kelheim. Wenn es um den Wald geht, nehmen wir diese Aufgabe besonders ernst; denn Wälder sind auch Hotspots der Artenvielfalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die Landwirtschaft selbst, sondern auch die Forstwirtschaft und der ländliche Raum allgemein sind von Umbrüchen betroffen. Durch die Politik der Bayerischen Staatsregierung wurden in vielen Bereichen bereits die Weichen richtig gestellt. Nun müssen wir – wie geschildert – nachhaltig,

smart und fair in die Zukunft blicken. Wenn ich heute am Weltbienentag ein bisschen aus dem Plenarsaal hinaussehe, so kann ich sagen: Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, mit Urban Gardening, mit Urban Farming oder vielleicht auch nur mit kleinen Pflanzen auf dem Balkon. Mit einer Ministerin mit Herz werden wir die Zukunft meistern und die Aufgaben angehen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass unsere Landwirtschaft Teil der Lösung und Teil der Ideen ist. Vor allen Dingen ist es dieser Berufsstand, der es in den letzten Jahrhunderten immer wieder geschafft hat, zukunftsweisend auf die Herausforderungen einzugehen. Deswegen verdient gerade die Landwirtschaft unsere vollste Unterstützung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete, für Ihre Rede. – Ich darf damit als nächste Rednerin Frau Abgeordnete Gisela Sengl von den GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel dieser Regierungserklärung lautet "Landwirtschaft 2030: nachhaltig, smart, fair" und trifft damit die Herausforderungen der Landwirtschaft in Bayern auf den Punkt. Nachhaltig, smart und fair muss die Landwirtschaft werden, damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen auf Dauer geschützt und erhalten bleiben. Ein weiterer Punkt wäre auch noch wichtig: die Zusammenarbeit zwischen Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium. Mensch, Tier und Umwelt müssen zusammen gedacht werden – Originalzitat –, aber dafür muss auch zusammen- und nicht gegeneinander gearbeitet werden. Die Veränderungen werden riesig sein. Hier darf man keine Angst davor haben, klar Position zu beziehen und vielleicht auch manche vor den Kopf zu stoßen. Ich freue mich sehr, dass die Ministerin alle unsere grünen Ideen aufgenommen hat: Öko-Modellregionen dauerhaft fördern, Öko-Board einrichten, digitale Plattformen für die Vermarktung schaffen, Ausstieg aus der Anbindehaltung, um nur einige zu nennen. Das zeigt aber vor allem eines: Die CSU und die bayerische Landwirtschaftspolitik sind von uns GRÜNEN und von der Wirtschaft ge-

trieben. Originalzitat der Ministerin: Die Wirtschaft schafft Fakten. – Das ist, ehrlich gesagt, ein Armutszeugnis für die Politik:

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn wohin führt Getriebensein? – Das Aussitzen von Problemen verhindert wohlüberlegte politische Maßnahmen.

(Zuruf)

Kommen wir jetzt zu den drei Punkten: Was heißt nachhaltig? – Nachhaltig bedeutet, dass ökonomische, ökologische und soziale Aspekte gleichwertig berücksichtigt werden. Das heißt, landwirtschaftliche Bewirtschaftung und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Menschen, die Tiere und die Umwelt müssen zusammen gedacht werden. Der Ökolandbau könnte hierfür das Vorbild sein, aber der Ökolandbau braucht dafür viel mehr Geld für Forschung, Ausbildung und Beratung. Fruchtfolgen, Produktivität ohne klimaschädlichen Mineraldünger, Tiergesundheit, pestizidfreie Landwirtschaft – diese agrarökologischen Maßnahmen sind für die gesamte Landwirtschaft wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ökomarkt ist ein Wachstumsmarkt. 22,3 % Wachstum gab es im Jahr 2020. Somit ist der Markt vorhanden. Die Erzeugung muss nun nachziehen.

Übrigens ist es auch das erste Mal, dass ich dies heute so gehört habe. Sonst wurde immer umgekehrt argumentiert: Wenn wir den Markt hätten, würden wir es gerne tun. Die Zahlen sind da, der Markt ist da, also muss auch etwas in der Erzeugung passieren. Übrigens finde ich Ökolandbau europa- und weltweit wichtig. Ökolandbau hat auch für den Rest der Welt außerhalb von Bayern positive Auswirkungen auf Umwelt, Tier und Menschen.

Was bedeutet smarte Landwirtschaft? Digitalisierung ist kein Allheilmittel, aber sie kann ein Handwerkszeug für weniger Bürokratie sowie mehr Klimaschutz und Naturschutz sein. Die große Frage der Datenhoheit ist dabei bis jetzt nicht geklärt. Wem gehören denn die Daten? Sollen diese alle privaten Konzernen zur Verfügung gestellt werden? Haben diese die Datenhoheit, oder wäre es doch sinnvoll, wenn die öffentliche Hand hier mehr Einfluss nehmen und zum Beispiel digitale Plattformen zur Verfügung stellen würde?

Nun komme ich zum Punkt Fairness. Was heißt Fairness in der Landwirtschaft? Diesen Punkt möchte ich ein bisschen ausführlicher behandeln. Wir als Gesellschaft müssen fair gegenüber der Landwirtschaft sein. Seit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen" erleben wir eine große und intensive Diskussion über die Landwirtschaft. Das ist gut so. Viel zu viele Menschen konsumieren gedankenlos, am Land und in der Stadt. Sie wissen nicht mehr, woher unsere Lebensmittel kommen und wie oder wer diese erzeugt. Deshalb ist das Anliegen der Bäuerinnen und Bauern sowie der landwirtschaftlichen Erzeuger mehr als berechtigt, mehr Wertschätzung für ihre Arbeit zu verlangen.

Aber wie soll diese Entfremdung eigentlich aufgehoben werden? Der Strukturwandel war riesig. Ich nenne nur ein Beispiel: In unserem Dorf gab es 1974 noch 24 Bauern. Heute sind es zwei, übrigens Biobauern. Wie sollen Menschen hier Kontakt zur Landwirtschaft aufnehmen? 16 % aller Nutztiere in Bayern stehen auf der Weide. Das ist eine sehr geringe Zahl. Insofern darf man sich nicht wundern, wenn Kinder nicht mehr wissen, wie Nutztiere aussehen. Discounter auf der grünen Wiese – wer hat das gefordert und gefördert? – CSU, Politik, Landesentwicklungsprogramm. Wir haben schon längst x Bürgerbegehren dagegen angestrengt. Immer hieß es: Die Wirtschaft muss wachsen. Discounter auf der grünen Wiese haben die Dörfer ausbluten lassen. – Das wollt ihr jetzt typischerweise mit viel Geld rückgängig machen. Erst Strukturen zerstören und dann wieder mit viel Geld aufbauen! Das ist keine sinnvolle Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sind die Öko-Modellregionen so wichtig. Wir sind immer voll hinter diesem Konzept gestanden, obwohl es ein CSU-Programm ist; denn wir sind zu der Feststellung fähig: Sinnvolle Programme unterstützen wir. Daher freue ich mich sehr über die heutige Aussage, dass die Öko-Modellregionen auf Dauer mit 50 % unterstützt werden; denn die Öko-Modellregionen leisten eine unglaublich tolle Arbeit auf regionaler Ebene. Sie verbinden die Landwirtschaft, die Verarbeitung und die Vermarktung, sie verbinden Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Bildungsinstitutionen. Dies ist ein großer Wert. Hier arbeiten sehr viele engagierte Menschen. Diese hätte man sehr im Regen stehen lassen, wenn man sie nicht weiterhin gefördert hätte. Fair gegenüber der Landwirtschaft und übrigens auch gegenüber den sehr engagierten Landfrauen und Landesbäuerinnen wäre es gewesen, wenn die Projektwoche Alltagskompetenz, auf die jetzt alle so stolz sind, durch ein Schulfach "Ernährung und Umwelt" ersetzt worden wäre. So war es nämlich im Volksbegehren ursprünglich vorgesehen. Das wäre auch politisch leicht umzusetzen, ebenso wie Schulgärten und Schulküchen für jede Schulart, von der Grundschule bis zum Gymnasium. Das ist politisch möglich, und es wäre wesentlich effektiver und sinnvoller als Urban Farming.

Fairness und Wertschätzung verdienen auch die vielen saisonal Beschäftigten in der Landwirtschaft, die Spargelstecher und Gurkenerntehelfer, genauso wie die Bäckereifachverkäuferinnen und die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fleischfabriken. Fairness und Wertschätzung verdient das gesamte Lebensmittelhandwerk. Wer es mit den Lebensmitteln aus Bayern ehrlich meint, muss zum Anfang der Kette zurückkommen. Ist es fair, wenn in anderen Ländern wertvolle landwirtschaftliche Flächen der dortigen regionalen Lebensmittelerzeugung entzogen werden? Ist es fair, unsere Schweine mit südamerikanischem Soja zu füttern, damit wir Fleisch nach China und Vietnam exportieren können? – Diese Art der Landwirtschaft ist weder nachhaltig noch fair.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb lautet der politische Auftrag: Das Siegel "Qualität aus Bayern" muss endlich ehrlicher werden. Wir dürfen keine Futtermittel mehr aus Drittstaaten importieren und kein Palmöl mehr in Milchaustauschern verwenden.

Sinnvoll ist es, sich für eine nachhaltige, smarte und faire Landwirtschaft einzusetzen. Das machen wir GRÜNE übrigens schon seit dreißig Jahren. Die CSU geht eigentlich diesen Weg nur, weil sie von einem veränderten Bewusstsein in der Bevölkerung dazu getrieben wird. Siehe Volksbegehren! Das ist wenig glaubwürdig. Eure Landwirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte war alles andere als nachhaltig, smart und fair. Zur Glaubwürdigkeit würde es beitragen, diese Fehler einmal einzugestehen. Das ist aber in eurer anscheinend angeborenen Überheblichkeit nicht möglich. Es gibt also noch viel zu tun. Lassen wir uns politisch nicht treiben, sondern begegnen wir diesen Herausforderungen aktiv und mit einer positiven Grundhaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Sengl.
– Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Mannes. Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Frau Sengl, ich habe eine Nachfrage zu Ihren Ausführungen. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie gerade gesagt, dass Sie den ökologischen Landbau maximal ausbauen wollen, das aber nicht nur in Bayern und in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt. Selbstverständlich ist das gerechtfertigt, wenn es ein Premiumprodukt ist. Sie müssen aber einen Markt dafür haben. Sonst ist es nämlich Planwirtschaft.

Sie wissen bestimmt, dass der Ökolandbau geringere Erträge bringt. Das möchte ich einmal verstehen. Glauben Sie denn nicht, dass es eine Gefahr ist, wenn wir weniger produzieren und damit weniger essen können und wenn wir dann Lebensmittel aus anderen Ländern importieren? Wir würden dadurch die globalen Märkte so verschieben, dass die Menschen in den Entwicklungsländern weniger zu essen haben. Sind Sie noch nicht darauf gekommen? Sehen Sie das auch als Gefahr? Dazu hätte ich

gern eine Antwort, zumal Sie auch gesagt haben, Sie wollten dieses Modell nach Südamerika und nach Südafrika exportieren.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Erstens einmal werden 30 % aller Lebensmittel weggeschmissen. Wenn wir diese gigantische Ressourcenverschwendung nicht hätten, würde es ganz anders aussehen.

Zweitens. Ich glaube, dass wir in der westlichen Welt eher überernährt sind. Die Lebensmittel sind weltweit ungerecht verteilt. Nach der Kalorienzahl werden heute Lebensmittel für 12 Milliarden Menschen produziert. Das ist Fakt. Die Lebensmittelverteilung ist aber sehr ungerecht. Gleichzeitig hungern fast 900.000 Menschen. Das ist nicht in Ordnung.

Man muss ganz klar sagen: Unsere westliche Ernährungsweise, die sehr fleischbasiert ist – das wissen Sie auch –, führt dazu, dass wir sehr viele Flächen in anderen Ländern belegen, die der Lebensmittelproduktion für die dort lebenden Menschen entzogen werden. Für den Klimaschutz, für uns Menschen und für die Gerechtigkeit in der Lebensmittelerzeugung und –verteilung wäre es wichtig, dass wir eine fleischreduzierte Ernährung hätten, dass wir auch in unserem eigenen Anbau mehr Diversität hätten und dass die Landwirtschaft insgesamt so produziert, um Ernährungssouveränität für alle Menschen in allen Ländern garantieren zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Kollege Nikolaus Kraus von den FREIEN WÄHLERN. Herr Kraus, bitte schön. – Auch heute wieder ein Dankeschön an die Offiziantinnen und Offizianten, die sich um die Hygiene sorgen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir alle hoffen, dass wir sie für diese Tätigkeit nicht mehr allzu lange brauchen. Im Augenblick brauchen wir sie aber leider doch noch. – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Landwirtschaftsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft hat ein großes Problem. Was ist das große Problem? – Sie ist zu gut. Warum ist sie zu gut? – Ich war einmal bei einem Vortrag eines Landmaschinenherstellers in der Oberpfalz, der gesagt hat: Die Landwirtschaft hat den Auftrag bekommen, die Weltbevölkerung und unsere Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Seit Menschengedenken oder Menschenbestehen sind wir vielleicht die zweite oder dritte Generation, die Lebensmittel im Überfluss hat. Unsere Eltern und Großeltern haben noch echten Hunger gehabt, als es noch Lebensmittelmarken gab. Wir haben vielleicht nur Hunger, weil wir heikel sind und etwas nicht mögen. Das ist das Problem. Bei diesem Vortrag wurde an das Publikum die Frage gerichtet: Wer von euch wäre gerne etwas schwerer? – Auf diese Frage wird es wenig Antworten geben. Aufgrund dieser Überproduktion sind auch andere Probleme entstanden. Was heißt Überproduktion? – Überversorgung.

Jetzt aber zu den drei Punkten der Regierungserklärung. Einige Kollegen sind schon darauf eingegangen. Ich beginne von hinten mit dem Begriff "fair". Fair heißt gerecht, angemessen und anständig, und zwar immer aus dem Blickwinkel des Betrachters. Fairtrade ist mittlerweile auch in der Kommunalpolitik ein großes Thema. Es geht um kontrollierten Handel, Mindestpreise und gerechte Preise.

Was sind gerechte Preise für die Landwirtschaft? – Hier muss ich dem Kollegen Schöffel widersprechen. Er hat vorhin gesagt, der Raps hat noch nie 500 Euro pro Tonne gekostet. Das stimmt nicht. Ich habe den Beruf Landwirt erlernt. In den 1980er-Jahren haben wir den Raps für 110 DM pro Doppelzentner verkauft. Wenn wir jetzt auf 500 Euro pro Tonne umrechnen, müssen wir noch nicht einmal die Wertschöpfung in den letzten dreißig, vierzig Jahren einrechnen.

Zur Kollegin Sengl, die vor mir gesprochen hat: Sie haben von Biolebensmittel-Discountern auf der grünen Wiese gesprochen. Es gibt auch viele Bio-Discounters auf der grünen Wiese. Ich weiß nicht, wie eure Fraktion zu den Biolebensmittel-Supermärkten steht, die überall wie Pilze aus dem Boden schießen. Über den weltweiten Biohandel, über den Handel mit dem Bioapfel aus Südamerika oder den Handel mit unserem heimischen Getreide könnten wir extra reden.

Zum Begriff "smart". Damit ist intelligent, gewitzt und schlau gemeint. Smart hängt mit Digitalisierung zusammen. Der Kollegin Sengl gebe ich recht in der Frage, was mit diesen Daten passiert. Wenn die verarbeitende Industrie, die aufnehmende Industrie, die Ernteerträge schon vor dem Landwirt kennt, wissen wir, wer die Macht hat, die Weltbevölkerung zu ernähren. Das ist eine der großen Fragen.

Die verbleibende Zeit meiner Rede möchte ich für den Begriff "Nachhaltigkeit" aufwenden. Ich habe hier vorne schon oft erklärt, woher der Begriff "Nachhaltigkeit" kommt. Er wurde 1713 von Carl von Carlowitz geprägt und kommt aus der Holzwirtschaft. Eigentlich will ich den Begriff "Nachhaltigkeit" mittlerweile gar nicht mehr verwenden. Warum? – Dieser Begriff wird aus meiner Sicht mittlerweile von fast allen missbraucht. So meinen Leute, dass sie nachhaltig sind, wenn sie ein bisschen Rad fahren. Wenn sie einmal im Biosupermarkt einkaufen, meinen sie, nachhaltig zu sein. Wenn sie für eine Stunde am Tag auf ein elektronisches Gerät verzichten, meinen sie, dass sie nachhaltig sind.

Was ist wirklich nachhaltig? – Ich hasse es, wenn solche Begriffe so missbraucht werden. Zur Nachhaltigkeit kommt der Begriff des Flächenverbrauchs hinzu. Diesen Begriff mag ich auch nicht, weil es kein Flächenverbrauch ist. Die Fläche ist nach wie vor da. Die Fläche wird nur anders genutzt. Wenn einer das Recht hat, von Flächenverbrauch zu sprechen, dann ist das die Landwirtschaft. Es ist erwähnt worden: Der Landwirtschaft wird Fläche entnommen. Sie steht nicht mehr der Bewirtschaftung zur Verfügung, sondern vielen anderen Zwecken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dafür gibt es ganz viele Beispiele. In meiner Gemeinde ist vor Kurzem bester landwirtschaftlicher Boden als Ausgleichsfläche missbraucht, kaputtgemacht, abgeschoben worden, und zwar für Wohnprojekte. Schaut euch doch einmal die Zahlen an, wie viel beste Fläche sinnlos vernichtet wird.

Was den Flächenverbrauch anbelangt, möchte ich die Gelegenheit auch nutzen, darauf hinzuweisen, was in der Landeshauptstadt München gerade bei der städtebaulichen Entwicklung passiert – SEM. Wir wissen, wer in der Stadt München das Sagen hat. Gestern oder vorgestern fand wieder eine Veranstaltung statt, an der ich leider nicht teilnehmen konnte. 600 bis 900 Hektar des Münchner Stadtgebietes werden unter der Münchner Stadtregierung der Landwirtschaft genommen, fast enteignet, und wofür? – Für die Entwicklung in Betongold.

(Unruhe bei der SPD)

Das läuft doch momentan falsch. Aber wie geht es weiter? – Die Nahversorgung durch Gärtner und Bauern hat doch für die Stadt München gut funktioniert. Bei diesem Thema sind dem Landtag aber leider die Hände gebunden.

(Unruhe bei der SPD)

Herr Kollege Hartmann hat auch Zahlen zum Flächenverbrauch seit 1960 gebracht. Zur Wahrheit gehört aber auch die Tatsache, dass Bayern 1960 schätzungsweise 7 bis 8 Millionen Einwohner hatte, ich weiß es nicht genau. Jetzt sind wir bei 13 Millionen Einwohnern. Die GRÜNEN, das wissen wir, würden die Menschen am liebsten in Hochhäuser stecken, denn sie wollen keine Einfamilienhäuser mehr genehmigen und brauchen keine Gärten. Auch diese Fläche wird verbraucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Hartmann hat begonnen und gesagt, er habe Höfe besucht. – Darauf ist Herr Kollege Dr. Herz schon eingegangen: "Besucht" heißt noch lange nicht "darauf gearbeitet". Er fährt nach dem Besuch wieder heim, er sagt schöne Worte und sagt: Gut. Er steht aber nicht 365 Tage in der Früh auf für die Stallarbeit, und er ist auch nicht 365 Tage lang abends ein zweites Mal im Stall bei der Stallarbeit, mit all ihren Widrigkeiten. Es wird immer gesagt: Landwirtschaft ist Unternehmen. Das ist richtig. Landwirtschaftlich unternehmerisches Denken gehört dazu. Es gibt aber einen Unterschied zwischen einem Landwirt und einem echten Unternehmer. Der Landwirt hängt an seinem Grund und Boden. "Was du ererbst von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen." – Ein Unternehmer sieht sich im Normalfall seine Zahlen an, dann zieht er die Reißleine und macht den Schlussstrich. Der Landwirt hingegen kämpft um den letzten Quadratmeter. Wenn sein Hof dann von der Bank versteigert wird, dann war das das Ende einer teilweise jahrhundertealten alten Tradition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ohne unternehmerisches Handeln geht es aber natürlich nicht.

Wir sind bei dem Begriff "nachhaltig". Nachhaltig ist auch Energieerzeugung. Dabei dürfen regenerative Energien nicht fehlen. Ihre Erzeugung gelingt natürlich nur durch Sonne, Wind, Wasser und Biogas.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Alles ist da. Wir werden es nur mit einem Mix aus allem schaffen.

(Unruhe bei der SPD)

Noch etwas zur Nachhaltigkeit. Ein Thema, das mich wirklich auch sehr bewegt, weil es in meinen Augen eine Frechheit ist, wie dazu mittlerweile agiert wird, auch in den Medien, das will ich jetzt darlegen. Die Frau Ministerin hat die Prämie für die Weidehaltung erwähnt. Das ist gut so. Unsere Bevölkerung wird sich aber einmal entscheiden müssen: Will ich Weidehaltung, will ich Almhaltung, oder will ich Wölfe? – Der

Wolf ist für mich ein riesiges Problem. Angesichts dessen, was die Wolfsfreunde, die Wolfsbefürworter vorschlagen, kann ich Sie nur einladen, die Almen nicht nur zu besuchen und vielleicht zu erklären, dass man hier einen Zaun bauen sollte, sondern die, die das tun, sollen sich doch selbst einmal bereit erklären, zwei oder drei Almen oder Alpen wolfsicher einzuzäunen. Vor fünf Jahren sind wir noch belogen worden, als gesagt wurde: Wölfe sind menschengene. Ihr kennt alle die Videos, die zeigen, dass die Wölfe mittlerweile durch die Ortschaften marschieren. Eine nachhaltige Alm- und Weidewirtschaft geht aber nur mit einem richtigen Wolfsmanagement, und dazu gehören dann auch wolfsfreie Gebiete.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es wurde schon gesagt: Praxis und Theorie Hand in Hand. – Hier sind jetzt die Praktiker gefordert. Ich habe schon mit Leuten diskutiert, die mir erklärt haben, wie man eine Alm einzäunt, acht Kilometer in den Bergen droben. Da bin ich wirklich überrascht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Zeit verrinnt. Der Wald ist bei Nachhaltigkeit natürlich ein wichtiges Thema. Wir reden immer so salopp über den Waldumbau und sind nur noch für Laubwälder. Davor möchte ich warnen. Wir versorgen die Bauindustrie in 20, 30, 50 Jahren mit Bauholz. Da gehört eine Mischung her, und das gehört schon ein bisschen überlegt. Gott sei Dank hat unsere Forschungsstation in Teisendorf wirklich gute Arbeit geleistet, sodass wir da etwas finden.

Artenschutz hängt natürlich auch mit der Tierhaltung zusammen. Die Weidehaltung ist angesprochen worden, auch die ganzjährige Anbindehaltung. Ich glaube, darüber muss die Politik noch öfter reden. Der Verbraucher hat es wirklich in der Hand. Er muss die Landwirtschaft wirklich unterstützen, auch im Hinblick auf die Anbindehaltung. Ein Paradebeispiel für den Verbraucher sind die Eier. Jeder kauft sich ein Freiland-Frühstücksei. Da sind sie bereit, Geld auszugeben. Wenn ich aber ein Pfund Nu-

deln für einen Euro kaufe, dann darf ich nicht nachrechnen, was für Eier da drin sind. Herr Kollege Dr. Herz hat es gesagt, die Eier kommen meistens von irgendwo her.

Nun noch zuletzt: Frau Ministerin Kaniber hat gesagt, dass Dr. Markus Söder sich in Berlin sehr für die Landwirtschaft einsetzt. Das freut uns. Wir wissen natürlich, dass die CSU in Berlin über viele Jahre und Jahrzehnte Landwirtschaftsminister und Landwirtschaftsministerinnen gestellt hat. Unter anderem waren das auch spätere Ministerpräsidenten. Leider wird inzwischen viel Politik in Berlin und Brüssel gemacht. Für mich ist deshalb sehr spannend, was dabei herauskommt.

Nun eine Punktlandung zur Zeit. Jedem von euch ist das Schachspiel ein Begriff. Ich bin leider kein Schachspieler, ich wäre es gern. Was ist aber der Sinn dieses Spiels? – Er ist vom Erfinder erklärt worden: Der König ist wichtig, der Turm und der Springer sind wichtig. Aber ohne Bauern hat man da null Chance. Ohne Bauern kannst du kein Schachspiel gewinnen. Die Bauern sind es, die den Kopf hinhalten und die Suppe auslöffeln. Deshalb: Verständnis für die Bauern, für die Landwirtschaft. Leider ist jetzt die Zeit zu Ende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Kraus. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Ralf Stadler von der AfD-Fraktion aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Kaniber, schön, dass Sie noch da sind. Sie möchten, wenn man Ihren Worten in Ihrer Regierungserklärung glauben darf, bis 2030 eine nachhaltige, smarte und faire Landwirtschaft. Da frage ich mich aber schon: Warum erst 2030? – Die CSU ist doch schon ewig an der Regierung. Oder glauben Sie allen Ernstes, dass Sie sich mit Ihrer gescheiterten Agrarpolitik noch bis 2030 an Ihren Ministersessel kral-

len können? Wenigstens verstecken Sie sich nicht, denn Sie zeigen sich gelegentlich auch auf Demonstrationen gegen die seit Jahren verfehlte Agrarpolitik der CSU. Fairerweise hat uns die CSU den Tourismus nicht ganz verboten; denn wir haben ja noch den Gülle-Tourismus.

Bei jeder Gelegenheit reklamiert die CSU den Begriff "Heimat" für sich. Viele fühlen sich hier aber nicht mehr heimisch angesichts zunehmender Überfremdung auch auf dem Land. Die Ursache dafür war und ist Ihre Politik. Ich denke, ein Teil der Lösung ist die Stärkung unserer heimischen Wirtschaft und des ländlichen Raums, und zwar dort, wo Millionen Menschen ihre Heimat haben, wo die Menschen sich gegenseitig kennen, sich gegenseitig helfen und in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben.

Wenn man die ökonomische Basis der Landwirtschaft stärken würde, statt sie durch immer mehr bürokratische Vorschriften wie den sogenannten Artenschutz oder die Düngeverordnung immer weiter zu belasten, dann könnte man damit auch den ländlichen Raum stärken. Die Landwirte produzieren nicht nur hochwertige Nahrungsmittel, sondern sie sind sowohl Arbeitgeber als auch Nachfrager für Baustoffe, Düngemittel, Maschinen und Dienstleistungen. Das muss man den GRÜNEN-Wählern im ganzen Land und vor allem in den Städten klarmachen, statt sich bei diesen weltfremden grünen Ideologen anzubiedern, wie das Ministerpräsident Söder so gerne macht. Wir sollten uns daher wieder bewusst machen, dass auf den Äckern Bayerns hochwertige Nahrungsmittel produziert werden und, dass wir darauf auch stolz sein können.

Ihre Aufgabe, Frau Ministerin Kaniber, wäre es, dafür zu sorgen, dass die unternehmerische Gestaltungs- und Handlungsfreiheit trotz überbordender Auflagen und EU-Vorschriften auch in der Zukunft erhalten bleibt. Das geht aber nur, wenn man sich eingesteht, dass die gemeinsame Agrarpolitik auf europäischer Basis gescheitert ist. Übersetzt heißt das: Erst treten die Politiker den Landwirten vor das Schienbein, dann bekommen sie gnädigerweise ein Trostpflaster spendiert. Man kann die Verhältnisse in einem Hochlohnland und Höchststeuerland wie Bayern nicht mit osteuropäischen Ländern über einen Kamm scheren. Wir, die AfD, sind dafür, dass wir uns daher wie-

der auf die Landwirtschaft in unserem eigenen Land konzentrieren und die Versorgung unserer Bürger langfristig sicherstellen. Es ist aber nicht damit getan, dass sich Söder für die sogenannte Bauernmilliarde rühmt, die sich bei näherem Hinsehen für viele Antragsteller als Nullnummer entpuppt hat. Unsere Bauern sind Leistungsträger in der heimischen Wirtschaft, weil sie Verantwortung für Mensch, Tier und Umwelt übernehmen. Diese Leistung muss sich auch wieder lohnen, damit auch zukünftige Generationen diesen schönen Beruf gerne ausüben.

Das Tierwohl liegt den Verbrauchern beim täglichen Einkauf am Herzen. Nur wird dem komischerweise in Ihrer Politik kaum Rechnung getragen. Effektiven Brandschutz in der Landwirtschaft lehnen Sie ab, wie Sie gestern im Landwirtschaftsausschuss deutlich demonstriert haben. Was helfen Kann-Bestimmungen in Bauverordnungen, wenn sie in der Praxis nicht umgesetzt werden? Auch Tiertransporte laufen weiter wie eh und je. Wie die Tiere gehalten werden und wie mit der Umwelt umgegangen wird, ist für den Verbraucher ein wichtiges Kriterium beim Lebensmittelkauf.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Preispolitik des Lebensmittelhandels seit Jahrzehnten ruinös ist und auf den Rücken der landwirtschaftlichen Produzenten ausgetragen wird. Regional ist wichtiger als Bio, und nicht umgekehrt, wie es uns die GRÜNEN, namentlich Frau Sengl, verkaufen wollen. Wenn auch nicht viel aus Ihrer parlamentarischen Tätigkeit in Erinnerung bleiben wird, spricht der Satz "Lieber biologischen Weizen aus Italien als konventionelles Getreide aus dem Nachbardorf" für eine Geringschätzung der einheimischen Landwirte durch die GRÜNEN.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen keine Bevormundung durch die GRÜNEN. Unser Leitbild muss der mündige Verbraucher sein, der auf transparenten Märkten entscheiden kann, was er kaufen möchte. Aufgabe einer fairen und nachhaltigen Politik müsste es sein, die Direktvermarktung durch den Erzeuger nach Kräften zu fördern, damit das Einkommen direkt beim Bauern bleibt und nicht Discounter-Milliardäre noch reicher macht.

Die ökonomische Basis der Landwirtschaft hängt auch mit dem Export zusammen. Wir sollten stolz sein, dass wir noch Produkte "Made in Germany" exportieren können. Besorgniserregend ist aber die Tatsache, dass die Selbstversorgung in Deutschland bei landwirtschaftlichen Produkten abgenommen hat. Vor dem Hintergrund der erhöhten Belastung landwirtschaftlicher Betriebe durch die anhaltende Ausnahmesituation müssen auch die jüngsten Verschärfungen von Umweltauflagen, wie sie etwa im sogenannten Artenvielfaltsgesetz zum Ausdruck kommen, vorerst außer Kraft gesetzt werden, damit die Wirtschaftlichkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe nicht noch weiter beeinträchtigt wird.

Dasselbe gilt für Vorgaben, die etwa im Zuge der Novellierung der Düngeverordnung umgesetzt werden sollen. Bayern kann es sich nicht leisten, zum jetzigen Zeitpunkt noch einen weiteren Teil seiner Bauern einzubüßen, die für die künftige Lebensmittelversorgung unabdingbar sind.

Es stellt sich auch die Frage der Nachhaltigkeit, die so oft von Politikern der Altparteien beworben wird. Was ist bitte daran nachhaltig, wenn die CSU auf das Mercosur-Abkommen pocht? Ist es nachhaltig, wenn südamerikanisches Rindfleisch um die halbe Welt verschippert wird, um auf bayerischen Tellern zu landen und hiesigen Fleischerzeugern Konkurrenz zu machen? Ist es dagegen fair, wenn der heimische Landwirt für Kartoffeln bester Qualität gerade mal acht Euro pro Doppelzentner erhält? Smart ist das vielleicht für Tiefkühlpommes-Produzenten und Hersteller von Fertigknödeln, die sich so billigst mit Rohstoffen eindecken können und die Nachfragedelle einfach aussitzen können. Fair ist es sicherlich nicht gegenüber den Landwirten, die immer höhere Umweltauflagen erfüllen müssen und für ein Güllefass, das mit einer neuen Düngeverordnung kompatibel ist, eine sechsstellige Summe hinblättern müssen.

Die Landwirte verdienen daher gesellschaftliche Anerkennung, auskömmliche Preise und eine vernünftige Umweltpolitik mit Augenmaß. Das nenne ich fair, nachhaltig und smart.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter. – Dann darf ich als Nächste Frau Abgeordnete Müller von der SPD-Fraktion aufrufen. Ich glaube, da ist getauscht worden. Bitte schön, Frau Müller, Sie haben das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß jetzt nicht, ob sich der durchschnittliche bäuerliche Familienbetrieb in Bayern vom Titel Ihrer Regierungserklärung angesprochen fühlt: "Landwirtschaft 2030: nachhaltig, smart, fair". Was soll denn das für einen Nebenerwerbslandwirt bedeuten, der Mitte 50 ist und keinen Hofnachfolger hat? – Soll er auf Urban Farming setzen? Welche Perspektive bietet diese Regierungserklärung, die gerade einmal die nächsten achteinhalb Jahre abdeckt, einem jungen Betriebsnachfolger, der noch 30 Jahre Berufsleben vor sich hat? – Ich sage es Ihnen: wenig.

(Beifall bei der SPD)

Denn die Etiketten, die Sie Ihrer Regierungserklärung aufgeklebt haben, sind so austauschbar und beliebig wie die freiwilligen Selbstverpflichtungen bei der Lebensmittelkennzeichnung. Zudem fehlt ein wichtiges Etikett, nämlich eine Landwirtschaft, die sozial und gerecht ist. Eine gerechte soziale Landwirtschaftspolitik würde dafür sorgen, dass Landwirte von ihrem Einkommen leben können, dass Milchpreise steigen und nicht fallen, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten – egal, ob es die Hofbesitzerin ist, die Erntehelferin oder der Beschäftigte im Schlachthof –, auch einen Lohn für ihre Arbeit bekommen, der zum Leben reicht. Über gerechte Löhne haben Sie überhaupt nicht gesprochen. Es ist wohl in Ihren Augen nicht smart genug, wenn Erntehelfer aus Bulgarien einen ordentlichen Lohn und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Sitzungen unseres Landwirtschaftsausschusses haben wir und Sie viele Hausaufgaben bekommen. Es hat sich aber eben nicht so angehört, als würden die auch erledigt werden. Unsere Anhörung "Bauernland in Bauernhand" hat auf unsere Initiative, auf den Antrag der SPD-Fraktion hin, am 14. April stattgefunden. Wie wollen Sie denn nachhaltig den Ausverkauf unserer Heimat bis 2030 stoppen? Indem Sie auf ein Gutachten warten, das auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben ist? – Es sieht fast so aus; denn Sie haben heute kein Wort zu dieser Herausforderung verloren. Dabei haben alle Experten in der Anhörung die Probleme schonungslos auf den Tisch gelegt.

Ich nenne sie hier und heute noch einmal:

Der Zugang zu Boden ist nicht ausreichend geregelt. Share Deals und Umgehungen des Grundstückverkehrsgesetzes ermöglichen die Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche bei Investoren außerhalb der Landwirtschaft. Wer von Ihnen hat denn Aktien bei Fielmann? – Ja, richtig, das ist der Brillenhersteller, der damit wirbt, Brillen zum Nulltarif im Angebot zu haben. Dabei wissen viele nicht, dass es sich hierbei um einen der größten Grundbesitzer handelt. Wenn man dort Aktien kauft, muss man keine Grunderwerbsteuer zahlen, profitiert aber von der Wertsteigerung der Flächen. Die Folge ist, dass 2,7 % der ganz großen Holdings 50 % der Agrarflächen Europas im Eigentum haben. Solange es weiter ungekappte Flächengelder aus der ersten Säule gibt, bekommen diese 2,7 % der Eigentümer 50 % der Fördergelder für die Flächenprämie. Dieses Geld fehlt den Landwirten, die auf ihrem Grund und Boden unsere Lebensmittel anbauen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld wäre sinnvoller angelegt, wenn damit Tierwohlmaßnahmen gefördert und die Direktvermarkter unterstützt würden und die Landwirte einen finanziellen Ausgleich für Ökomaßnahmen erhielten.

(Beifall bei der SPD)

Bei einer Pachtquote von 70 % in Bayern profitieren die Grundstückseigentümer in Form von Pachterhöhungen von den Flächenzahlungen. Eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Landwirtschaft, die sozial und fair ist, muss die aktiven und ortsansässigen Landwirte fördern und darf nicht dabei zusehen, wie Fördermittel aus Europa zur Pachterhöhung transferiert werden und gleichzeitig jeden Tag 120 Hektar landwirtschaftlicher Boden versiegelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wie eng Landwirtschaft mit dem Tierwohl verbunden ist, haben wir bei der gemeinsamen Anhörung der beiden Ausschüsse Landwirtschaft und Umwelt am 11. Februar gesehen, die im Übrigen auch auf unsere Initiative hin stattfand. Immer wieder tauchen Tierschutzskandale auf, Missstände bei den Schlachthöfen und bei den Tiertransporten. Die Zustände in Bad Grönenbach, tagelange Tiertransporte, die auf den Papieren eine Adresse in der Moskauer Innenstadt haben, und Schlachthöfe, die den Tierschutz nicht in den Griff bekommen, tragen dazu bei, das Bild der bayerischen Landwirtschaft negativ zu beeinflussen.

Dabei bin ich mir sicher, dass sich Landwirte, die mit und von ihren Tieren leben, auch ihrer Verantwortung für die Gesundheit der Tiere bewusst sind. Diese Landwirte müssen wir in ihren Bemühungen auch unterstützen, den gesellschaftlichen Anforderungen an mehr Tierwohl gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Verbraucher am Ende nicht weiß, ob die zwei Cent mehr für die Milch im Einzelhandel, in der Molkerei oder tatsächlich beim Milchbauern landen, wird es ihm egal sein, welche Milch er kauft. Von Ihren angekündigten 50 Millionen Euro für Stallumbaumaßnahmen kommen bei jeder Kuh in Bayern gerade mal 43 Euro an – einmalig. Aber es ist nicht mit einer einmaligen Förderung des Stallumbaus getan. Denn wenn der Tierbestand dadurch reduziert werden muss, müssen auch die Einkommensverluste dauerhaft ausgeglichen werden. Nur wenn es eine verpflichtende Tier-

wohlabgabe gibt und verlässliche Rahmenbedingungen gesetzt werden, die die Anstrengung der Landwirtschaft auch honorieren, wird es mehr Tierwohl geben.

(Beifall bei der SPD)

Das wurde uns von den Experten in der Tierwohl-Anhörung ganz unmissverständlich vermittelt.

Die Verantwortung für das Tierwohl endet nicht an der Hofausfahrt und auch nicht an den Grenzen Bayerns oder Europas. Tiertransporte müssen endlich auf maximal acht Stunden beschränkt werden. Insofern würde mich das Angebot der Landwirtschaftsministerin an die Zuchtbetriebe schon etwas genauer interessieren. So könnte man nämlich auch regionale Schlachthofstrukturen stärken und wieder regionale Schlachthöfe entstehen lassen.

Ich erinnere an unseren Antrag auf Drucksache 18/10313, mit dem wir gefordert haben, mittelständische Schlachtstrukturen zu fördern. Dies hatten auch die FREIEN WÄHLER in ihrer Pressekonferenz im Juli 2020 gefordert. Davon übrig geblieben ist lediglich, dass nun ein Konzept entwickelt werden soll. Gehört haben wir seitdem nichts mehr. Nachhaltig ist so etwas nicht. Insofern passt das nicht zum Motto der heutigen Regierungserklärung.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon eher smart, wie die CSU den FREIEN WÄHLERN hier den Schneid abgekauft hat. Zu einer sozialen und gerechten Landwirtschaftspolitik gehört auch, die Standards für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Ich möchte ausdrücklich unserem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil danken, der zum 1. Januar die Werkverträge in der Fleischindustrie abgeschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Das macht den Weg frei für regionale Strukturen, kürzere Transportwege und bessere Arbeitsbedingungen.

Vor rund eineinhalb Jahren, im November 2019, fand eine von uns mitinitiierte Anhörung zur Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik statt. Zahlreiche Experten forderten damals, dass es zu Reformen der Zweisäulenstruktur kommen müsse. Dafür werben auch unsere Europapolitiker in den Trilogverhandlungen. Derzeit ist die Ausstattung der zweiten Säule zu gering, um den Zuwachs der Ökolandwirte zu finanzieren. Außerdem müssen endlich Sozialstandards erfüllt werden. Wir sind der Meinung: Wer Geld aus dem gemeinsamen Topf der EU haben möchte, muss auch bereit sein, gemeinsame Werte hinsichtlich Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und Bezahlung zu erfüllen.

Für Verbesserungen beim Klimawandel brauchen wir unsere Landwirtschaft. Genau deshalb müssen Klimaschutz- und Umweltsleistungen in Zukunft besser honoriert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere an die Einlassung von Dr. Sebastian Lakner vom Thünen-Institut für Ländliche Räume. Er hat uns klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass Direktzahlungen große Strukturen bevorteilen und in Osteuropa oftmals korrupte Strukturen unterstützen.

In der vorletzten Landwirtschaftsausschusssitzung haben wir den Bericht zur Entwicklung der Biolandwirtschaft erhalten, ausnahmsweise einmal nicht auf unsere Initiative hin, aber mit unserer Unterstützung. Beim Volksbegehren "Artenvielfalt" wurde das Ausbauziel von 30 % ökologischer Landwirtschaft in Bayern bis zum Jahr 2030 beschlossen. Im Rahmen der Mittelverteilung der GAP muss dieses Ziel umgesetzt werden. Wir brauchen endlich mehr Geld in der zweiten Säule, damit alle umstellungswilligen Landwirte gefördert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen dazu die einkommenswirksame Förderung der Eco-Schemes, damit nicht das meiste Geld bei den Grundbesitzern hängen bleibt. 40 % der Mittel des EU-Haushalts fließen in die Landwirtschaft. Wir müssen umstellungswillige Landwirte besser fördern, wenn wir das Ziel des Ausbaus des Ökolandbaus und damit auch Klimaziele erreichen wollen. Dass in diesem Bereich auch Wertschöpfung vor Ort und in Bayern möglich ist, zeigen die Zahlen aus dem Bericht, der steigende Umsatzzahlen von insgesamt 22,3 % dokumentiert.

Umso wichtiger wäre es, Öko-Modellregionen in ganz Bayern zu ermöglichen. Stattdessen haben wir 20 % Selbstversorgerquote, wie die Landwirtschaftsministerin selbstkritisch angemerkt hat. Der Kollege Schöffel sieht das als Chance für die Zukunft; das stimmt. Aber diese Zahlen sind auch ein Gradmesser für das Versagen in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung soll nun in der digitalen Erfassung liegen. Dazu sage ich Ihnen nur: Vom Wiegen wird die Sau nicht fett. Mehr Bio gibt es nur, wenn man die entsprechenden Möglichkeiten schafft, nicht indem man Statistiken erstellt.

(Beifall bei der SPD)

Besser wäre es, bei den Gemeinschaftsverpflegungen nachzubessern. Einen Anfang könnten hierbei die Kantinen der Ministerien machen. Die des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums sind im letzten Jahr zwischen 6 und 10 % gedümpelt.

Wer in der Regierungserklärung von einer nachhaltigen und fairen Landwirtschaft bis 2030 spricht, muss auch die Weichen für mehr ökologische Landwirtschaft in Bayern stellen. Wer den Ökolandbau ausbaut und unterstützt, ermöglicht nicht nur den Landwirten ein besseres Einkommen, sondern trägt auch entscheidend zum Erhalt der Biodiversität und zum Klimaschutz in unserem Land bei.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere klein strukturierte bäuerliche Landwirtschaft und die private sowie kommunale Forstbewirtschaftung sind wesentlich für die gesellschaftliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen verantwortlich. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe arbeiten an 365 Tagen im Jahr in den Ställen und auf den Feldern. Dafür will ich ihnen heute danken.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in der ersten Welle der Corona-Pandemie haben viele Menschen wieder den Wert der regionalen Strukturen der Landwirtschaft schätzen und kennen gelernt. Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt vor- und nachgelagert an der Landwirtschaft. Das Interesse an der Art und Weise, wie Landwirtschaft arbeitet und wie Lebensmittel produziert werden, ist bei den Verbrauchern gestiegen. Diese Chance müssen wir nutzen. Dazu braucht es aber auch den Willen, dass der Zugang zu endlichen Ressourcen gerechter gestaltet wird, dass die Agrarpolitik auch Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen übernimmt, dass Kriseninstrumente geschaffen werden, die bei Marktverwerfungen die Preise stabilisieren, und dass Bäuerinnen und Bauern sowie Familienbetriebe, die die Direktvermarktung und das dörfliche Leben prägen und erhalten, in unseren landwirtschaftlichen Betrieben im Alter nicht abgehängt werden.

Die Redner der CSU und der FREIEN WÄHLER haben sich heute ständig gegenseitig für ihre tolle Arbeit gedankt und dabei ganz vergessen, dass heute der Welttag der Bienen ist. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch den Imkerinnen und Imkern zu danken, die mit ihrer Arbeit nicht nur für den Erhalt der Honigbienen sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Sie schaffen auch Lebensräume für Wildbienen und Insekten und sind damit diejenigen, die wirklich nachhaltig arbeiten. Schon Albert Einstein wusste, dass der Mensch nicht mehr lange leben wird, wenn die Bienen verschwinden. Das sollten auch Sie sich merken.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Müller. Ich darf darauf hinweisen, dass wir schon seit geraumer Zeit Landtagsbienen haben. – Ich darf jetzt den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Abgeordnete Knoblach von den Grünen. Bitte schön.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Ministerin Frau Kaniber, werte Kolleginnen und Kollegen! "Nachhaltig, smart, fair" ist ein guter Titel für eine Regierungserklärung. Ich möchte das gerne zusammenfassen in: Zukunftsfähigkeit der bayerischen Landwirtschaft. Ich meine, davon hängt das Ganze ab. Dass wir das erreichen müssen, ist klar. Aber um das zu erreichen, wird es eine Aufholjagd brauchen. Das ist noch längst nicht erreicht.

Wir meinen, dass sich vieles zum Besseren ändern muss. Das hat auch die Frau Ministerin zugestanden. Das ist schon einmal gut. Bei der Aussage, dass dies ein weiter Weg sein wird, da war sie schon etwas leiser.

Noch etwas vorweg: Ich verbinde die Namen Dr. Hans Eisenmann und Helmut Brunner sehr gerne mit der bayerischen Landwirtschaft. Ich nenne sie mit Respekt. Bei anderen Namen habe ich ein bisschen Mühe; das gebe ich zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle wissen, dass ich eine Zuständigkeit für Tierwohl habe. Damit bin ich der Mann in der GRÜNEN-Fraktion, der sich besonders um die Nutztierhaltung in Bayern sorgt. Dafür gibt es Gründe.

Eine Bestandsaufnahme: Wir füttern mehr Schweine, als wir zum Essen brauchen, mit gentechnisch veränderten Aufwüchsen aus Übersee und hinterlassen dort im Wortsinn verbrannte Erde. Wie sehr die Tiere in diesen Ställen ohne Einstreu mit perforierten Böden und ohne Auslauf leiden, wissen wir längst. Wir wissen auch: 91 von 100 Tie-

ren kommen mit schmerzhaften Gelenkerkrankungen am Schlachthof an. Das ist ein täglich tausendfacher Bruch des Tierschutzrechts. Geahndet wird er nicht.

Bayerisches Schweinefleisch – dies wurde schon erwähnt – ist auch in Asien von gutem Ruf, was einen zunächst einmal freuen könnte. So bauen wir in Bayern Ställe, importieren das Futter aus Lateinamerika, holen die Ferkel aus Dänemark und schicken unsere Schweine als Gefriergut nach Asien. Die Fleischindustrie erzielt dort tolle Preise, die ich ihr nicht neide. Auch erzielt sie einen Gewinn dadurch, dass sie von der EEG-Umlage befreit ist. Das ist für kleine Schlachtstätten unerreichbar. Regionalität – wo bleibt sie? Was die Fairness für die Mitarbeiter in den industriellen Schlachtbetrieben angeht, sind ebenfalls viele Fragezeichen zu setzen. Wenn wir in den letzten Tagen nach Vilshofen geschaut haben, haben wir es gesehen. Die Demonstrationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es offenkundig gemacht: An Fairness fehlt es.

Wie sieht es beispielsweise mit der Digitalisierung der Schlachtstätten aus? – Fehlangezeigt auch hier. Die Schlachtbänder sind längst nicht mit digitalen Mitteln ausgestattet, um alle durch Tierärztinnen und Tierärzte erhobenen Befunde sofort in eine Datenbank einzugeben, die es natürlich verpflichtend geben muss. Warum? – Weil wir alle Daten von allen Betrieben, von allen Tieren, die zur Schlachtung geführt werden, brauchen, um unsere Landwirtschaft, unsere Tierhaltung deutlich zu verbessern. Dazu brauchen wir unter anderem dringend die Rückflüsse von den Schlachtbändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was in Bayern schon lange und beinahe durchgängig fehlt – es sei denn, sie werden freiwillig angebracht –, sind Kameras an den neuralgischen Stellen in den großen Schlachtbetrieben. Bisher kenne ich kein Programm und keine Verordnung der Bayerischen Staatsregierung, die das vorschreibt. Das wäre dringend nötig; denn wir wissen: Damit gehen Misshandlungen und Fehlhandlungen an Tieren enorm zurück. Das zeigt sich in allen Schlachtstätten, die damit ausgerüstet sind.

Und dann halten wir auch mehr Rinder, als wir unbedingt als Milch- und Fleischgeber brauchen. Aber das ist auch nicht schlimm. Wir lösen das Problem ganz geschickt, indem wir sie um die halbe Welt schicken, nach Usbekistan und Marokko, nach Spanien, was noch ein bisschen besser ist. Aber auch bis in den Iran und nach Somalia reichen diese Wege. Die Transporte sind für die Tiere an sich schon eine Zumutung. Viele verenden unterwegs. Die Schlachtungen, die sich meist unmittelbar anschließen, sind grausam. Auch das wissen wir alle.

Es ist längst erwiesen, und wissenschaftliche Belege sind vorhanden, dass man mit unserer mitteleuropäischen Tiergenetik in tropischen Ländern keine Zuchtlinien aufbauen kann. Dennoch schauen wir zu, wie angeblich Zuchttiere in diese Regionen verbracht werden.

Es ist kein Wunder, dass diese Praxis anhält; denn wir wissen spätestens seit den Schriften des Verwaltungsgerichts Oldenburg, wie die Gewinnsituation der Rinderzuchtverbände in dieser Hinsicht ist: Sie ist keine schlechte. Wenn man das hochrechnet, kommen bei alljährlich Tausenden von Tieren durchaus einige Euro zusammen.

Insoweit würde mich jetzt wirklich sehr interessieren, wie das Angebot der Frau Ministerin an die Rinderzuchtverbände aussieht. Manchmal hört man auch als Oppositionspolitiker etwas. In diesem Fall ist es die Zahl von 8 Millionen. Es besteht das Angebot an die Rinderzuchtverbände: 8 Millionen, wenn sie von dieser Praxis lassen. Das erstaunt mich, nicht deswegen, weil ich es den Herren nicht gönne, sondern weil sie ja bisher schon Geld erhalten, aber die Praxis trotz dieser finanziellen Mittel fortsetzen. Wie soll es jetzt mit noch mehr Geld besser werden? – Wir werden sehen.

Digitalisierung auf den Transportwegen – Fehlanzeige. Die Lkw sind nur selten oder gar nicht mit GPS-Sendern oder -empfängern ausgestattet, die Transportklappen sind nur selten mit Temperatursensoren ausgestattet, um zu sehen, ob wirklich abgeladen wird oder nicht. Oder das Bürohochhaus in Moskau oder anderswo wird als transportunterbrechende Abladestation aufgeschrieben.

Bei Kälbern gehen wir nicht viel anders vor. Der Überfluss an Milch, der leider zu einem dauerhaft zu niedrigen Milchpreis führt, führt auch zu einem Kälberüberschuss, für den wir keine Verwendung haben. Was machen wir? – Wir fahren die Kälber mindestens innerhalb Deutschlands weiter, wenn nicht sogar bis nach Spanien und von dort oft genug leider auch nach Afrika. Die Wege sind genauso schmerzhaft, die Schlachtungen sind genauso schlimm wie bei den Rindern.

Das ist alles bekannt. Und so geht es weiter.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Paul Knoblach (GRÜNE): Dann komme ich jetzt zum Schluss. Ich bedanke mich für den Hinweis. Es gäbe noch viel zu sagen, aber so ist es nun einmal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie werden aber noch eine Redezeit bekommen. Bleiben Sie bitte am Redepult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Prof. Hahn von der AfD gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Knoblach, Sie haben verschiedene Dinge angesprochen, die Ihnen bei der Regierung fehlen. Mich hat heute ein bisschen gewundert und bei den GRÜNEN hat mir gefehlt – nicht, dass ich das gut finde, aber ich habe mich gewundert –, dass Sie und auch Herr Hartmann in Ihren Reden nicht gegendert haben. Die AfD ist ja eine Partei, die komplett darauf verzichtet, zu gendern und mit Sternchen zu schreiben und durch Pausen auch so zu sprechen. Dagegen haben wir das heute bei Frau Fehlner gehört, und selbst CSU-Landrat Frey spricht jetzt mit Lücken oder so, dass man eigentlich im Mündlichen nur noch die Frauen heraushört. Meine Frage an Sie: Ist das Zufall gewesen, dass Sie das heute nicht gemacht haben, oder gehören Sie gar zu den Gender-Verweigerern, oder machen Sie es nur deshalb nicht, weil die Bäuerinnen und Bauern das vielleicht nicht so gern hören?

Paul Knoblach (GRÜNE): Es freut mich sehr, Herr Kollege, dass Sie so aufmerksam zugehört haben. Das ehrt Sie sehr. – Dies vorweg.

Über weitere ehrsame Fragen müssen wir länger reden, oder wir tun es besser nicht.

(Zuruf: Antworten Sie doch einfach!)

Also danke für den Hinweis. Aber es gibt mir schon zu denken, dass ich Ihnen jetzt so viele Sorgen bereite. Das war nicht meine Absicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Staatsminister Kaniber, sie haben in Ihrer Rede den Zustand der Landwirtschaft, deren wirtschaftliche Situation und Zukunft rosig dargestellt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ihre Pläne für deutsche Alleingänge bei Klima und Naturschutz sind planwirtschaftlich und nicht marktwirtschaftlich. Sie bringen unseren Bauern Wettbewerbsnachteile und retten die Welt trotzdem nicht. Das ist nicht fair.

Die Landwirte stehen mit dem Rücken zur Wand, und das ist auch die Schuld der CSU. Es bleibt festzuhalten, dass unser bayerischer Markt mit Billigprodukten aus aller Welt überschwemmt wird. Niemand wagt hier, nach Umwelt- und Tierschutz zu fragen. Sie wollten den Freihandel mit landwirtschaftlichen Produkten mit dem Mercosur-Abkommen ausweiten. Die Landwirte wären die Verlierer gewesen. Frau Schorerer-Dreimel, das ist die Kompetenz Ihrer Avocado-CSU in der Globalisierung. Unsere Landwirte sind bereits heute eingekeilt von monopolistischen Großkonzernen als Lieferanten einerseits – doch, doch; lachen Sie nicht – und den oligopolartigen Handelsketten an-

dererseits. Hinzu kommt die für die landwirtschaftlichen Betriebe verheerende Regulierung.

Ich will ein paar Beispiele anführen, wie Ihre CSU-Politik unseren bayerischen Bauern endgültig das Genick bricht.

Mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen" haben Sie sich einem öffentlichen Hype gegen die Landwirtschaft gebeugt. Den Landwirten wird vorgeschrieben, wann sie walzen oder wie sie mähen dürfen, obwohl das nicht praxisorientiert ist. Die Gewässerrandstreifen dürfen nicht mehr für Ackerfrüchte genutzt werden. Lange haben Sie die Landwirte im Unklaren gelassen, ob es eine Entschädigung analog des KULAP gibt. Hinzu kommen die katastrophale Düngeverordnung und das Insektenschutzgesetz.

Die Flächenumnutzung durch Ausgleichsflächen und Solaranlagen verringert die landwirtschaftliche Nutzfläche drastisch. Investoren planen auf Ackerland riesige Freiflächenanlagen. Es herrscht regelrecht Goldgräberstimmung, alles auf Kosten der Landwirte und Steuerzahler.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Bei einer Anhörung zum geplanten Green Deal wurde im Landtag von einem Experten gesagt, dass die bayerischen Landwirte zu den großen Verlierern gehören werden. Die Produktionsrückgänge in allen wichtigen Produktionsbereichen werden beträchtlich sein. Ursachen sind vor allem eine reduzierte Düngung, weniger Pflanzenschutz und eingeschränkte Landnutzung.

Frau Kaniber, Ihre CO₂-Steuer verteuert erst mal die landwirtschaftliche Produktion. Die von Ihnen angesprochenen CO₂-Zertifikate gibt es überhaupt nicht. Auch die Corona-Politik trifft die Landwirte hart. Die Lockdowns haben sich auf die Lieferketten und Preise der Schweine und Edelteile von Rindern verheerend ausgewirkt. Gehandelt haben Sie auch in diesem Zusammenhang nicht.

Frau Kaniber, Sie sehen, dass es für die Bauern an allen Fronten brennt. Dazu leisten Sie als Ministerin einen erheblichen Beitrag. Es ist gut, dass die Landwirte Widerstand gegen diesen Irrsinn leisten. Man muss die Landwirte an dieser Stelle dazu ermutigen, sich weiter gegen die existenzvernichtende Regulierung zu wehren. Wenn eine Regierung eine ganze Branche in den Ruin treibt, müssen sich die Betroffenen verteidigen. Wir als AfD werden die Landwirte im Rahmen unserer parlamentarischen Möglichkeit nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, weise ich darauf hin, dass heute als Tagesordnungspunkt 5 die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz vorgesehen ist. Die Wahl findet mit Stimmkarte und Stimmzettel statt. Ihre Stimmkartentasche befindet sich in Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentasche vorher dort abzuholen. Ich danke Ihnen.